

Polit-Talk beim 19. „Parlament der Arbeit“

Heiner Bremer

Hallo, liebe Delegierte! Wie es sich auch beim 19. „Parlament der Arbeit“ gehört, es macht immer Sinn, wenn man die Kollegen aus dem politischen Parlament nicht nur begrüßt, sondern sie auch zur Rede stellt, was sie denn zu den wesentlichen politischen Problemen des Landes und was sie denn zu den Forderungen der Gewerkschaften so zu sagen haben. Das wollen wir in diesem Jahr tun; ein wenig anders, als Sie das, soweit ich weiß, immer gewohnt waren. Es wird nicht permanent Reden geben, sondern wir werden versuchen, die wesentlichen Positionen der im Bundestag vertretenen Parteien zu den entscheidenden Problemfeldern, die Sie diese Tage diskutieren und auch schon diskutiert haben, durch Fragen zu klarer Positionierung zu bringen, auch durch Hinterfragen.

„Wir“, das sind meine Kollegin Dagmar Engel, Chefredakteurin der Deutschen Welle; und ich, Heiner Bremer, (Beifall) vielleicht so manchem noch aus späten Nachtstunden als RTL-Nachtjournal-Moderator oder von n-tv bekannt, wo ich ja gelegentlich auch die Politiker gerne in die Zange nehme.

Wir werden jetzt unsere Politiker auf die Bühne bitten. Ich muss allerdings sagen: Einer fehlt, der Vertreter der FDP. (Heiterkeit – Beifall – Zuruf: Feigling!) Wir haben uns nun gedacht – wir können ja besonders höflich sein –: akademisches Viertel, weil er nur gesagt hat, er komme verspätet. Dann müssten wir weiter warten. Ich gestehe Ihnen ganz offen: Ich bin mir seit einiger Zeit nicht mehr so ganz sicher, ob das Warten auf die Liberalen immer zielführend ist. (Heiterkeit – Beifall) Wir wollen deshalb anfangen.

Dagmar Engel

Die wesentlichen Wahlen in diesem Jahr sind im Prinzip vorbei. Schwarz-Gelb in Nordrhein-Westfalen ist ab-, Rot-Grün nicht gewählt. Seit gestern hat der DGB eine neue Spitze: Michael Sommer ist wiedergewählt. (Beifall) Damit können wir eigentlich bei dieser Diskussion, bei diesem Gespräch heute auf alles, was irgendwie nach Wahlkampf riecht, verzichten und tatsächlich über die großen Themen reden.

Heiner Bremer

Wie kommen wir aus der Krise? Wie können wir die enthemmten Finanzmärkte in den Griff kriegen? Wie aber kommen wir auch von unserem eigenen Schuldenberg herunter? Mit Sparen oder mit Einnahmeverbesserungen? Darüber wollen wir heute in den nächsten anderthalb Stunden unter dem Motto „Kürzen, sparen, knausern – die neue soziale Gerechtigkeit?“ diskutieren.

Ihre Gäste, meine Damen und Herren, dabei sind: Olaf Scholz von der SPD. (Starker Beifall) Er ist Ihnen natürlich längst bekannt, aber der guten Ordnung halber: stellvertretender Parteivorsitzender und stellvertretender Fraktionsvorsitzender der Genossen.

Dagmar Engel

Auf der anderen Seite Gregor Gysi, Fraktionsvorsitzender – noch der einzige – der Partei Die Linke im Bundestag. (Starker Beifall)

Heiner Bremer

Neben Olaf Scholz Karl-Josef Laumann von der CDU. Er ist Arbeits- und Sozialminister in Nordrhein-Westfalen. Ein „noch“ verkneife ich mir jetzt. Sie können es möglicherweise ja noch sehr lange sein. Das kann ja noch dauern. (Beifall)

Dagmar Engel

Vielleicht hat er noch eine Karriere vor sich.

Heiner Bremer

Einer fehlt, habe ich schon gesagt: Heinrich Kolb, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der FDP.

Renate Künast

Stellen Sie den, der nicht da ist, vor denen vor, die da sind?

Dagmar Engel

Wir hätten natürlich auch anders herum anfangen können, so die traditionelle Form: zuerst die Frau. Aber wir machen es jetzt so: Die Krönung der Schöpfung zum Schluss, Renate Künast, (Heiterkeit – Beifall) die Fraktionsvorsitzende der Grünen.

Heiner Bremer

Wir haben uns dabei etwas gedacht.

Renate Künast

Es war eine Steigerung darin, habe ich gemerkt.

Dagmar Engel

Das finde ich auch. – Wir erwarten von Ihnen heute Abend keine Rezepte, aber wir erwarten schon so etwas wie Antworten auf die jetzt und in Zukunft wesentlichen Fragen. Wir haben auch Fragen von den Delegierten hier eingesammelt. Und wir haben außerdem zu diesen großen Themen andere Leute befragt, die uns jeweils Stichpunkte geben. Wir kennen das ja alle, da wir ja alle fernsehen. (Einspieler – Beifall) Die Aussage ist so offen, dass ihr wahrscheinlich jeder zustimmen kann. Dann gehen wir doch ein bisschen mehr in die Tiefe. (Einspieler – Beifall)

Heiner Bremer

Herr Laumann, die Finanztransaktionssteuer ist in der öffentlichen Debatte über die Frage, wie man die Märkte nun endlich mal zügeln kann, zu einem, wie ich sagen möchte, hohen Stellenwert geworden, zu einem Symbolwert auch, ob diese schwarz-gelbe Regierung in Berlin überhaupt handelt oder ob wir weiterhin wie nach 2008 nach dem Banken-Crash nur sehr viel darüber reden, aber wenig tun.

Mein Eindruck aus den letzten Tagen ist, dass der eine oder andere Abgeordnete der CDU aus dem Herrentags-Wochenende mit der Erkenntnis gekommen ist: Die Wähler verlangen von uns Maßnahmen, auch eine Transaktionssteuer. In der CDU-Fraktion gibt es offenbar eine ganz starke Strömung. Halten Sie das für richtig? Glauben Sie, dass sie kommt und dass sie kommen muss?

Karl-Josef Laumann

Ich glaube, erst einmal muss man Folgendes sehen: Ich bin in diesem Jahr 20 Jahre hauptamtlich in der Politik. Ich habe in diesen 20 Jahren ein einziges Haushaltsjahr erlebt, in dem der Staat nicht mehr Geld ausgegeben hat, als er eingenommen hat. Das war das Jahr 2008, das wirtschaftlich beste Jahr. Sonst haben wir, egal, wer regiert hat, in Deutschland jedes Jahr mehr Geld ausgegeben, als wir eingenommen haben, in all den 20 Jahren, in denen ich dem Bundestag beziehungsweise einer Landesregierung angehört habe.

Ich glaube, wir brauchen zurzeit beides. Wir brauchen auf der einen Seite schon eine Sparpolitik. Wir müssen die Haushalte dahin bekommen, dass wir mit dem vorhandenen Geld auskommen. Für mich ist völlig klar, dass bei den Problemen, die jetzt da sind, die teilweise ja auch durch die Finanzmärkte entstanden sind, es nicht sein kann, dass die Finanzmärkte außen vor sind bei der Finanzierung dieser Probleme. Das kann einfach nicht sein.

Die Frage ist: Was kann ein Land wie Deutschland in dieser Frage national im Alleingang machen, oder wo ist es darauf angewiesen, dass wir dieses in globaleren Zusammenhängen, das heißt in größeren Einheiten, hinkriegen?

Dagmar Engel

Was wir ja jetzt im Prinzip schon angefangen haben, indem die EU-Finanzminister gesagt haben: Wir machen das. Wir machen eine Transaktionssteuer.

Karl-Josef Laumann

Es ist so, dass wir bei uns auch ganz klar sehen, dass es eine Beteiligung dieser Finanzmärkte geben muss, aber wir brauchen dann eine europäische Lösung. Sie wissen auch, dass es europäische Länder gibt, die über diese Fragen anders denken, als die Diskussion bei uns in der Bundesrepublik Deutschland verläuft.

Heiner Bremer

Wenn man die EU-Finanzminister heute gehört hat, gibt es da aber eine sehr breite Mehrheitsmeinung, die sagt, man solle diese Finanztransaktionssteuer einführen. Nun ist sie bezogen auf die Frage: „Kann ich damit die Märkte wirklich unter Kon-

trolle kriegen?“ umstritten. Trotzdem ist die SPD, Herr Scholz, vehement dafür, die Grünen auch. Insofern bitte ich beide, nacheinander zu sagen, warum eigentlich, trotz der Einwände, die es gibt.

Olaf Scholz

Die Einwände sind ja weitgehend so, dass gesagt wird, es beeinträchtigt den Finanzstandort Deutschland, wenn man das nicht international einführt. Es ist ja kaum noch jemand dabei, der sagt, das sei eigentlich falsch. Das ist, glaube ich, nur der FDP vorbehalten. Alle anderen haben sich jedenfalls irgendeine Argumentation zurechtgelegt, wo sie sagen: „Im Grunde wäre es richtig.“ Das jetzt Wichtige ist doch, in dieser Situation zu sagen: „Es ist nicht nur im Grunde richtig, sondern es muss auch kommen.“ Deshalb will ich schon darauf hinweisen, dass wir noch vor ein, zwei Wochen eine Debatte in Deutschland hatten, in der gesagt wurde, man könnte das nicht machen, weil es ja international niemand will. Und wenige Tage später ist in einer internationalen Vereinbarung der europäischen Finanzminister aufgeschrieben worden, alle wollen das. In Wahrheit war es immer Deutschland, waren es die Kanzlerin und der Finanzminister, die das blockiert haben, und nicht umgekehrt. Insofern ist das ein fadenscheiniges Argument gewesen. (Leichter Beifall)

Meine These ist: Diese Steuer muss kommen, sie kann auch kommen, und sie ist ein Gerechtigkeitsbeitrag zur Finanzierung all der gewaltigen Kosten, die mit der Finanzmarktkrise verbunden sind. Es kann nicht dabei bleiben, dass wir diejenigen retten, die das im Wesentlichen mit angerichtet haben, und diejenigen mit den Lasten alleine lassen, die die Verantwortung dafür nicht haben. (Beifall)

Renate Künast

Als Erstes will ich die frohe Botschaft vorausschicken: Kämpfen lohnt sich. (Beifall) Für Gewerkschaften ist das eigentlich eine überflüssige Aussage. Kämpfen lohnt sich. Warum? Wenn man sich die Debatte um Finanztransaktionssteuern in den letzten zwei, drei Jahren einmal anschaut, dann war es ja so, dass die, die sie gefordert haben, eher für irre gehalten wurden. „Ihr versteht nichts von Finanzpolitik“, hieß es. Dann kam der Börsencrash, dann kam das Griechenland-Problem, und plötzlich reden alle drüber.

Kämpfen lohnt sich; denn wir hatten zwei Staaten in der EU, die nicht wollten: Deutschland und United Kingdom. Warum? Weil 80 Prozent solcher Finanzdienstleistungsunternehmen in London beheimatet sind. Die wollen jetzt auch immer noch nicht. Aber kämpfen lohnt sich, wenn man das dicke Brett bohrt, wenn man aus allen gesellschaftlichen Kräften und auch im Parlament immer wieder die Frage stellt, warum man nicht eigentlich dieses Hin- und Herspekulieren besteuert und zielgenau teurer macht. Übrigens wird seit bestimmt zehn Jahren darüber diskutiert, wie man das aufbauen und organisieren könnte. Wenn man das immer wieder fordert, ist es am Ende so, dass auch die müssen.

Aber ich will eines sagen: Jetzt sagen die europäischen Finanzminister, sie wollten – dann müssen die Regierungschefs auch das Vereinigte Königreich mit einer qualifizierten Mehrheit überstimmen, dann muss Deutschland auch endlich Ja sagen, und zwar nicht so, wie es uns heute die Koalition angeboten hat. Die hat nämlich gesagt, sie hätten sich jetzt auch geeinigt. Jetzt steht aber in dieser Einigung: entweder global oder europäisch und entweder Transaktionssteuer oder Aktivitätssteuer, die hinten bei den Gewinnen erhoben wird. Das ist so: Wollen hätte ich schon gemocht, aber dürfen habe ich mich nicht getraut. Deutschland muss eine klare Haltung einnehmen, und zwar nicht nur dafür, sondern auch in anderen Bereichen. (Beifall)

Wir sind ja nicht irgendwer, und wir haben auch die Aufgabe, mit anderen voranzugehen und an Mehrheiten zu arbeiten, nicht immer „Madame Non“ zu sein. Ich will aber noch sagen: Damit sind wir nicht fertig. Wir brauchen jetzt noch zwei andere Dinge – national oder europäisch. Man kann aber national eines machen: Diese Kreditausfallversicherungen, die nichts anderes als Spekulationen sind, kann man auch national verbieten. (Beifall)

Heiner Bremer

Frau Künast, nehmen Sie uns bitte nicht die ganze Arbeit ab.

Renate Künast

Nein. Ein Satz noch. Es ist ein Dreiklang. Das andere ist: Wir können nicht warten. Wir schnüren ständig Rettungspakete. Diese Woche sollen wir wieder über einen dreistelligen Milliardenbetrag entscheiden. Dann muss man auch eine europäische Ratingagentur schaffen, und ich will nicht, dass die EU sie erst im Januar nächsten Jahres vorschlägt, sondern ich will den Vorschlag jetzt haben und umsetzen. Sonst müssen wir irgendwann einmal sagen: Wir geben nix. (Beifall)

Dagmar Engel

Herr Gysi. Sie würden mich überraschen, wenn Sie sagen würden: „Ich bin gegen eine Transaktionssteuer.“

Gregor Gysi

Ich habe gar nicht vor, Sie zu überraschen. (Heiterkeit) Ich finde, dass sich der Kampf von Attac, vom DGB und auch von den Linken für die Finanztransaktionssteuer – auch mal Tobin-Steuer genannt, wobei es gewisse Unterschiede gibt – auf jeden Fall gelohnt hat. Heute wird darüber ganz selbstverständlich diskutiert, während es früher klang, als ob es eine Illusion ist und niemals kommen kann. (Beifall)

Das Wichtige ist allerdings: Der FDP-Vorschlag darf auf gar keinen Fall durchgehen. Mit einer Gewinnsteuer bei den Banken können wir überhaupt nichts anfangen. Wenn wir Spekulation reduzieren wollen, müssen wir sagen: Jedes Finanzgeschäft zieht eben auch eine Zahlungspflicht nach sich. Anders kann man Spekulation überhaupt nicht drosseln. Außerdem sind dann auch die Einnahmen viel höher. Übrigens sind bei 0,01 Prozent weltweit 200 Milliarden errechnet worden. Stellen Sie sich die Summe bei 0,05 Prozent vor, die wir mal vorgeschlagen haben. Das wären schon 1.000 Milliarden. Ich will es bloß einmal sagen. Die Steuer ist also ungeheuer wichtig, und sie muss kommen.

Heute hat der österreichische Ministerpräsident – das finde ich auch gut – erklärt, dass die Behauptung, man könne es nicht machen, wenn andere Staaten nicht teilnehmen, eine faule Ausrede sei. Selbstverständlich kann man sie einführen, und deshalb sollten wir das so schnell wie möglich tun. (Beifall)

Heiner Bremer

Ich glaube, es gibt keinen Streit darüber.

Renate Künast

Weißt Du was, Gregor: Man kann es auch so gestalten, dass die Riesterrente und das normale Gehaltskonto davon ausgenommen werden.

Heiner Bremer

Das ist doch sowieso klar.

Renate Künast

Man muss nicht immer alle einbeziehen.

Heiner Bremer

Ich habe die Diskussion bisher immer so verstanden, dass es um die großen Finanzgeschäfte geht und nicht um die Riesterverträge.

Renate Künast

Man wirft uns vor, der Riestersparvertrag würde davon betroffen.

Heiner Bremer

Ja, ich weiß. Die FDP argumentiert auch so, dass der arme Mensch, der 200 Euro am Geldautomaten abhebt, hinterher sauer ist, weil er dafür vielleicht 5 Cent bezahlen muss. Ich glaube nicht, dass er sauer ist, wenn die Großen zahlen müssen.

Gregor Gysi

Es betrifft internationale Transfergeschäfte.

Heiner Bremer

Herr Laumann, es geht ja nicht nur um die Frage: Geht das eigentlich nur dann, wenn es international geht? Dann scheitert es an den USA, noch jedenfalls. Das ist in meinen Augen ein Totschlagargument. Ich frage mich: Müssen Sie nicht als regierende Partei ohne Rücksicht auf den Partner den Menschen klarmachen, dass es auch eine Frage der Gerechtigkeit ist, dass nicht die, die die Krisen verursachen, die Schäden hervorrufen, so weitermachen können, als sei nichts geschehen, aber die, die damit gar nichts zu tun haben, über ihre Steuergroschen notfalls dann zur Kasse gebeten werden?

Karl-Josef Laumann

Erst einmal möchte ich ganz vorsichtig daran erinnern, dass sogar ein Bundeskanzler Gerhard Schröder in Deutschland den Banken sehr viel Freiheiten gegeben hat, die sie vorher nie hatten. Das sollte man nicht ganz vergessen. (Beifall)

Wir haben ja alle eine Zeit des neoliberalen Geschwätzes hinter uns, wo jeder, der ungefähr so dachte wie ich, schon der letzte Mohikaner in Deutschland war. Daran können wir uns doch alle gut erinnern. Wir waren ja von vorgestern. Wir wur-

den ja mit Bismarck verglichen. Aber ich möchte nur mal darauf hinweisen: Vieles war auf diesen Finanzmärkten möglich, weil Rot-Grün die Bankenaufsicht in diesem Land zersplittert hat.

Zweiter Punkt: Wenn man etwas in Sachen Finanztransaktionssteuer macht – ob man über Börsenumsatzsteuer redet, ob man über Bankenabgabe redet, ob man über die Finanztransaktionssteuer redet –, dann weiß jeder, dass wir heute keine nationalen Finanzmärkte mehr haben, sondern dass wir europäische Finanzmärkte und internationale Finanzmärkte haben. Deswegen wäre mir zumindest eine europäische Lösung anstrebenswerter, wenn man die globale schon nicht kriegt.

Ich darf auch darauf hinweisen, dass die jetzige Bundeskanzlerin schon in der Großen Koalition auf dem G-8-Gipfel damals in Heiligendamm diejenige war, die dieses Thema, die Banken an die Kandare zu nehmen, als einzige damals nennenswerte Regierungschefin überhaupt angesprochen hat.

Heiner Bremer

Darf ich daraus schließen, dass die CDU sich nicht noch mal von der FDP erpressen lässt?

Karl-Josef Laumann

Wissen Sie, Herr Bremer, jeder von uns hat schon in einer Koalition gesessen. In Koalitionen muss man immer bei bestimmten Veränderungen den Partner mitnehmen. Genauso wie der DGB ohne ver.di und IG Metall ja auch nichts entscheiden kann.

Renate Künast

Sie warten auf Guido Westerwelle, während die europäische Hütte brennt. Uns wird gesagt: alles eilig, unter Verzicht auf Fristen.

Karl-Josef Laumann

Was haben Sie alles verhindert, was damals dringend notwendig war!

Dagmar Engel

Ich habe eine praktische Frage an der Stelle. Wir sind uns irgendwie einig. Wir nehmen die an die Kandare, wir legen überhaupt erst Steuern auf, sind uns auch einig, dass das eine oder andere Land wahrscheinlich ausweichen wird. Selbst wenn es die Europäer zusammen machen, wir setzen dann zwar die Amerikaner unter Druck, aber möglicherweise wird doch das eine oder andere Land ausweichen. Wir haben alle so eine Idee im Kopf: Wenn alles so weitergeht wie jetzt und die Transaktionssteuer da aufgesetzt wird, kriegen wir Milliarden, tausend Milliarden.

Gregor Gysi

Weltweit, habe ich gesagt.

Dagmar Engel

Weltweit. Hat einer von Ihnen eigentlich eine Vorstellung davon, wie viel Geld das tatsächlich bringen kann für Deutschland? Wir sagen europaweite Transaktionssteuer. Was bringt uns das tatsächlich außer der Befriedigung, wir haben gekämpft und gewonnen. Was bringt das tatsächlich an Geld?

Heiner Bremer

Bringt es denn in Ihrer Schätzung, Herr Scholz, mehr Geld ein als diese so hoch gefeierte Bankenabgabe, die im Jahr 1,2 Milliarden bringt? Bei jetzt zu beschließenden 750 Milliarden für das EU-Rettungspaket doch eher ein Witz.

Olaf Scholz

Das hängt natürlich bei der Frage, wie viel dabei herunkommt, ein wenig vom Geschäft ab und auch von der konkreten Ausgestaltung. Gegenwärtig gehen die meisten davon aus, dass mit einem Volumen von etwa 20 Milliarden Euro gerechnet werden könnte. Das ist viel Geld. Das ist natürlich auch notwendig, um handlungsfähig zu sein in den Dimensionen, die jetzt erforderlich sind. Das ist auch ein Beitrag zur Gerechtigkeit, weil die Bürger Europas ja alle das Gefühl haben, sie werden nur darum gebeten, mit ihrem Steuersäckel gewissermaßen viele, viele Dinge abzusichern, die andere gemacht haben.

Deshalb ist es ganz wichtig, dass die Debatte, die wir heute führen, nicht stehen bleibt dabei, dass alle nun irgendwie dafür sind, sondern es geht auch um jeweils regionale Zusammenhänge. Das hat in der Tat der Kanzler Faymann in der sozialdemokratischen Fraktion heute erklärt. Wir haben da ein gutes Gespräch mit ihm geführt. Ich finde, es ist auch richtig, sich das

klarzumachen. Da stimmen einfach viele Argumente nicht. Die Börsenumsatzsteuer zum Beispiel, die hierzulande ja als eine Abart, die nicht gut und ausreichend ist, diskutiert wird – –

Heiner Bremer

Die gibt es in Großbritannien übrigens.

Olaf Scholz

– die für viele falsch ist, gibt es in Großbritannien. Das heißt, es ist eindeutig in der Praxis empirisch widerlegt. Der Banken- und Finanzstandort London hat unter der Börsenumsatzsteuer, die dort ganz isoliert und nur national erhoben wird, nicht gelitten, und deshalb ist es richtig und möglich, auch real etwas zu machen und es nicht nur anzukündigen. (Beifall)

Renate Künast

Darf ich mal zur Fragestellung etwas sagen. Warum habe ich bei der Frage, wie viel Geld nehmen Sie ein, so gezögert? Weil diese Frage beinhaltet, es ginge nur darum, Geld einzunehmen. Wenn ich Geld einnehmen will, um bestimmte Schulden und Schäden auszugleichen, haben wir dieses Instrument. Man muss sich überlegen, machen wir eine Vermögensabgabe auf die großen Vermögen in dieser Generation, entlasten die Enkel. Das wäre ein Punkt.

Aber wir wollen doch Strukturen schaffen, die nicht nur dazu führen, dass wir Geld hereinholen, sondern auch, dass bestimmte Verhaltensweisen nicht mehr praktiziert werden. (Beifall) Deshalb können Sie bei einer Transaktionssteuer sagen, dieses ewige Hin- und Herspekulieren, jeder Gang, jede Entscheidung wird sozusagen mit einer Steuer belegt. Und wenn du in Sekundenschnelle oder jeden Tag fünfmal hin- und hermachst, hast du immer wieder auf jeder Transaktion die Steuer drauf. Umgekehrt sagen wir aber auch, zum Beispiel Kreditausfallversicherungen, die du ja kaufst als Finanzdienstleister und Finanzleistung, sollen verboten werden für die Leute, die gar keinen Kredit gegeben haben, sondern das als Spekulationsinstrument nehmen. Das würde bestimmte Finanztransaktionen vom Markt nehmen. Deshalb kann man es auch nicht richtig einschätzen. Überhaupt wird Ihnen eine gute Bankenaufsicht auch manche Dinge weghauen. Also lassen Sie uns nicht glauben, dass es um einen Dukatenesel geht. Politik hat die Aufgabe, die Struktur zu schaffen, dass solche Geschäfte absolut radikal reduziert werden. (Beifall)

Gregor Gysi

Es gibt unterschiedliche Berechnungen, aber es wird so geschätzt, dass es Einnahmen von mindestens 13 Milliarden bis zu 20 Milliarden geben könnte in Deutschland, je nach Ausgestaltung. Das hängt natürlich davon ab. Aber wahr ist, was Frau Künast sagt. Es geht ja auch darum, bestimmte Verhaltensweisen abzubauen. Nun muss man daran erinnern: Die Banken und die Spekulanten haben uns in eine Finanzkrise gestürzt, und daraus haben die Staaten den Schluss gezogen, die Staatsverschuldung zu erhöhen, damit die Banken und Versicherungen keine Verluste haben. Und jetzt sind wir in der Staatsverschuldungskrise. Wenn wir weiter diesen falschen Weg gehen, dann werden das alles die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler teuer bezahlen. Vielleicht sollten wir endlich den Weg gehen, diejenigen zur Kasse zu bitten, die das Ganze verursacht haben und die daran auch noch verdienen. Das wäre eine spannende Gegenüberstellung. (Beifall)

Karl-Josef Laumann

Aber wenn man über die ganze Wahrheit der Finanzkrise redet, dann sollte man erst einmal zugeben, dass Deutschland auch schon vor der Finanzkrise verschuldet war. (Zuruf: Richtig!)

Zweiter Punkt: Dann muss man auch sagen, dass Deutschland in dieser Finanzkrise, wenn man von Ausnahmen absieht, mehr Opfer ist als Täter. Die Täter dieser Finanzkrise haben vor allem in den Vereinigten Staaten von Amerika und an der Börse in London gegessen. Das ist ja auch wohl die Wahrheit.

Jetzt müssen wir natürlich bei vielen Dingen, die wir bereden, auch aufpassen, dass wir bestimmte Strukturen in Deutschland eher stärken und nicht schwächen. Zum Beispiel habe ich kein Interesse daran, Sparkassen und Volksbanken in der jetzigen Situation mit den Großbanken zu schwächen. Habe ich überhaupt kein Interesse daran.

Heiner Bremer

Das verstehe ich ja auch, Herr Laumann, aber ich glaube, dass man genau diese Differenzierung bei der Finanzgebung natürlich berücksichtigen wird.

Karl-Josef Laumann

Wenn man diesem Problem mit einer Steuer begegnen will – –

Gregor Gysi

Nicht nur mit einer Steuer.

Karl-Josef Laumann

– sind wir gut beraten, nicht über einen nationalen Weg alleine nachzudenken.

Heiner Bremer

Sie liefern mir ja das Stichwort. Ich wollte eigentlich in die Richtung gehen. Ich hatte ein bisschen den Eindruck, dass sich die ganze Debatte, wie gehen wir mit den Finanzmärkten um, extrem fokussiert auf die Transaktionssteuer, und dass andere Dinge en passant beiseite gehen.

Renate Künast

Sie haben unsere Vorstellungen nicht gelesen. – Das war frech, ich gebe es zu.

Heiner Bremer

Das bin ich ja nicht anders gewohnt, Frau Künast, aber es macht ja auch nichts. Ich habe sie ja gelesen. Aber lassen Sie mir doch die Chance, dass wir das hier dem Publikum auch noch mal sagen, was Sie alles so an Vorstellungen haben. Ich fange noch mal bei der SPD an. Herr Scholz, reicht das? Mir fällt auf, dass wenig geredet wird über wirkliche Verbote, etwa von Kreditausfallversicherungen gegen Staaten oder aber von einer straffen Regulierung der Hedgefonds. In Europa soll das nun geschehen. Ist das Ganze nicht ein Paket, das geschnürt werden muss?

Olaf Scholz

Es ist ein Paket. Deshalb ist es auch notwendig, über die weiteren Instrumente zu reden. Wir hatten uns allerdings dem didaktischen Auftrag gefügt, hier darüber erst zu reden, wenn wir gefragt werden.

Heiner Bremer

Deshalb habe ich es getan.

Olaf Scholz

Das ist jetzt der Fall.

Heiner Bremer

Es ist neu, dass Sie sich so diszipliniert daran halten. (Heiterkeit)

Olaf Scholz

Aber ich stimme jedenfalls ausdrücklich zu. Es ist notwendig, dass wir auch Regeln für die Banken, die Finanzmärkte brauchen, die wirklich effizient sind und funktionieren. Auch da darf es nicht dabei bleiben, dass es angekündigt wird. Man muss real etwas zustande kriegen. Es ist schon genannt worden die Kreditausfallversicherung. Bestimmte spekulative Varianten jedenfalls müssen unterbunden werden. Wir müssen die Leerverkäufe untersagen. Das Verbot der Leerverkäufe ist in Deutschland schon gemacht worden. Es ist nicht verlängert worden nach dem Regierungswechsel. Eine für mich völlig unverständliche Maßnahme. Das hätte man gut machen können und wäre auch richtig gewesen.

Wir brauchen eine Regulierung für Hedgefonds. Es ist richtig, dass das jetzt in Europa geschieht, auch mit einer Mehrheitsentscheidung über den Bankenplatz London hinweg. Denn in der Tat, wir müssen an diesem europäischen Standort insgesamt dafür sorgen, dass solche Regeln funktionieren. Wir können das und haben die Möglichkeiten dazu. Wenn das passiert, ist das auch wirksam; denn sowohl Deutschland und noch mehr Europa sind ja tatsächlich ein ganz wichtiger Teil des weltweiten Finanzmarktes. Wenn wir hier Regeln haben, dann sind die auch mit prägend für den Rest der Welt. Wir können sicher sein, dass wir damit das ganze Geschehen auch beeinflussen.

Deshalb gilt: ganz klare Regeln für Bankenaufsichten, für gesetzliche Regelungen, was Finanzprodukte betrifft, für das, was wir national und international tun: Man muss aus dieser Krise die Lehre ziehen und sie dann aber auch dauerhaft festhalten, ein Kapitalismus ohne Regeln und ein Finanzkapitalismus ohne Regeln funktionieren nicht. Wir müssen jetzt diese Regeln durchsetzen, national, europäisch und international. (Beifall)

Dagmar Engel

Ist das bei der Aussage eine Vierparteienkoalition?

Karl-Josef Laumann

Sie wissen doch sehr genau, dass zum Beispiel die Hedgefondsregelung auf europäischer Ebene ohne das Zutun der Bundeskanzlerin nicht gekommen wäre. Das ist doch klar. Dass die Finanzmärkte klare Regeln brauchen, liegt doch wohl auf der Hand. Es sind im Übrigen auch Millionen einfacher Bürger in dieser Finanzkrise schwer in Mitleidenschaft gezogen worden. Die Post, die ich zumindest von meiner Lebensversicherung in den letzten zwei Jahren bekommen habe, war nicht nur erfreulich.

Es ist also klar, dass wir hier klare Regeln brauchen. In einer Zeit, in der der Neoliberalismus in Europa in jeder Zeitung hochgeschrieben wurde, in fast jedem Fernsehsender hochgelobt wurde, und zwar 24 Stunden rund um die Uhr, sind diese Auswüchse entstanden. Das einzig Gute, das ich an diesen Finanzmarktproblemen sehe, ist ja, dass diese Debatte über den Neoliberalismus und über die Freiheit der Märkte – Freiheit und Märkte an sich seien schon etwas Gutes –, ziemlich zu Ende ist. (Beifall) Ich habe das ja lange herbeigesehnt, dass man sich wieder für Märkte mit Spielregeln einsetzt.

Heiner Bremer

Aber Sie regieren doch immer noch mit einer Partei, die genau auf dieser Welle weiter schwimmt und nicht begreift, was Sache ist. (Beifall)

Karl-Josef Laumann

Ja, aber ich will Ihnen eines sagen: In der Schröder-Zeit sind Gesetze gemacht worden, denen würde heute selbst die FDP nicht mehr zustimmen. (Unruhe)

Gregor Gysi

Herr Bremer, weil Sie gefragt haben, ob wir das genauso sehen. Na ja, sagen wir mal: Die Deregulierung hat schon unter SPD und Grünen bei den Finanzmärkten stattgefunden.

Karl-Josef Laumann

Vergessen Sie nicht, was das für eine historische Schuld ist.

Heiner Bremer

An alle hier vorne: Tun Sie uns bitte den Gefallen, über die Gegenwart und die Zukunft zu sprechen und nicht ewig darüber, wer damals mal irgendwann die Weichen falsch gestellt hat.

Karl-Josef Laumann

Aber Sie können auch ein bisschen objektiver sein.

Heiner Bremer

Was heißt objektiv? Wir stellen provozierende Fragen.

Gregor Gysi

Ich wollte ja gerade etwas zur Zukunft sagen. Ich glaube, wir müssen Leerverkäufe verbieten. Das ist eine reine Spekulation. Es hat nichts mit irgendeiner Art von Wirtschaftstätigkeit zu tun. Ich glaube, dass wir die Kreditausfallversicherungen als Wetteinrichtungen unterbinden müssen. (Beifall) Das geht nicht, dass Leute zu einer Versicherung gehen und sagen: Ich wette, dass Griechenland nicht pünktlich zurückzahlt. Dafür zahle ich eine Million ein, und wenn die wirklich nicht pünktlich zurückzahlen, kriege ich zwei Millionen ausgezahlt. Ja, wo leben wir denn eigentlich? (Beifall) So etwas brauchen wir nicht, und das fliegt uns irgendwann um die Ohren.

Ich sage Ihnen auch, bei Hedgefonds gehe ich weiter. Ich fand, die Zeit, in der wir in Deutschland keine Hedgefonds hatten, war nicht die schlechteste. Ich würde die einfach unterbinden. Die müssen wir gar nicht regulieren. (Beifall)

Aber eines müssen wir regulieren – das will ich noch sagen –: die Zweckgesellschaften der Banken. Es ist doch ein starkes Stück, die Banken stehen unter Bankenaufsicht und gründen dann Zweckgesellschaften, die nicht unter Bankenaufsicht stehen. Die machen, was sie wollen. Wo sind wir denn als Gesetzgeber? Entweder lassen wir sie nicht zu, oder wenn wir sie zulassen, stellen wir sie auch unter Bankenaufsicht. Ich verstehe überhaupt nicht, warum das nicht passiert. (Beifall)

Dagmar Engel

Das ist bisher alles relativ einfach gewesen, weil, wie gesagt, der Vertreter der FDP nicht da war.

Olaf Scholz

Richtig schwer wird das eigentlich erst in den folgenden Tagen, wenn es darauf ankommt, die Ankündigungen umzusetzen.

Renate Künast

Ich bin ganz irritiert und weiß nicht, ob ich gerade träume. Nichts gegen Sie, Herr Laumann.

Gregor Gysi

Herr Laumann war schon immer eine Ausnahme.

Renate Künast

Ja, Sie waren schon immer eine Ausnahme. (Heiterkeit) Sie passen eigentlich in den Film mit Herrn Marnette und Heiner Geißler. Solche Worte, wie Sie sie sprechen, habe ich bis gerade eben im Deutschen Bundestag nicht gehört. Das ging genau anders herum, muss man doch mal sagen. Gebe Gott, dass das, was Sie hier so vehement machen, dann auch passieren wird. Aber bitte schön nicht nur mit einer Überschrift nach dem Motto „natürlich möchte jeder gerne regulieren“, sondern das muss dann auch wirklich drin sein.

Ich nenne Ihnen Beispiele. Wir haben – was Gregor Gysi auch angesprochen hat – zum Beispiel die Situation, dass wir den Banken Geld geben, und nachher werden die Abgeordneten in einem extra Gremium unter Geheimhaltung – die sitzen nicht im Haushaltsausschuss, sondern werden in einen Sonderfinanzausschuss gesetzt – nachträglich informiert, welche drei-, sechs- oder siebenstelligen Summen sozusagen irgendwo investiert wurden, und sie dürfen nicht einmal darüber reden, weil es geheim ist, meine Damen und Herren. Da haben wir noch eine ganze Menge nachzubessern. Meine Sorge ist, dass wir jetzt auch bei dem Paket, ob bei den Zweckgesellschaften, um die es jetzt europäisch geht, oder bei allen anderen Sachen, immer laut darüber reden, aber wenn Du ins Kleingedruckte guckst, steht das am Ende nicht drin. Deshalb gebe ich Olaf Scholz recht: Jetzt, in den nächsten Tagen und Wochen, fängt die wirkliche Kärnerarbeit an. Da musst Du nämlich einschließlich der Inkrafttretensklausel mal genau gucken, was drin ist. Überschriften sind leicht geschrieben, aber auf die Paragraphen kommt es an.

Heiner Bremer

Und dann diskutieren wir das noch mal.

Herr Laumann, ich will nur klarmachen: Es ist natürlich problematisch, dass Sie auch Fragen kriegen, die wir sonst Herrn Kolb gestellt hätten. Aber wir müssen sie ja stellen, damit auch die Delegierten hier eine ungefähre Vorstellung haben, wie Schwarz-Gelb tickt.

Im Übrigen wollte ich jetzt sagen: Da wir nicht Thomas Gottschalk sind und stundenlang überziehen können, wollen wir die Bankengeschichte und die Finanzmärkte verlassen und zu uns ins heimische Land gehen.

Dagmar Engel

Da wir die Banken jetzt alle an der Kandare haben und unser Problem alle gemeinsam gelöst haben und alle ganz glücklich damit sind, aber festgestellt haben, dass es im Wesentlichen darum geht, sie zu disziplinieren und nicht darum geht, Geld einzunehmen, haben wir ja noch ein kleines anderes Problem an der Backe, und das heißt Schuldenkrise. (Einspieler)

Heiner Bremer

Also, Herr Laumann, mit Guido Westerwelle würde ich jetzt für mich in Anspruch nehmen: Ich lasse mir nicht den Schneid abkaufen. Also frage ich wieder kritisch und zitiere Ihren Parteifreund Roland Koch. Es ist ja nicht nur die Wirtschaftswissenschaft, sondern auch Roland Koch sagt ja: Wenn es nicht gelingt, über die Ausgaben den Haushalt zu sanieren, dann müssen wir Steuern erhöhen. Können Sie, kann diese Koalition, die regiert, ausschließen, dass es Steuererhöhungen gibt, gar eine Mehrwertsteuererhöhung, die Herr Zimmermann sich von 19 auf 25 Prozent vorstellt, oder müssen wir doch ein bisschen damit rechnen?

Karl-Josef Laumann

Ich würde erst einmal sagen, dass ich in diesen Tagen, in denen wir leben, nicht in der Lage bin zu sagen, was man in zwei oder drei Jahren völlig ausschließen kann. Tatsache ist auf jeden Fall, dass meine politische Erfahrung ist, dass man die Konsolidierung von Haushalten nur hinkriegt, wenn man dieses Thema in Aufschwungsphasen angeht. Deswegen, finde ich, muss in Deutschland alles getan werden, damit wir wieder zu einem höheren Wirtschaftswachstum nach dieser Krise kommen. Dazu gehören zum Beispiel bestimmte Entscheidungen in der Energiepolitik. Man kann zum Beispiel in Nordrhein-Westfalen nicht sagen, wir wollen Datteln nicht zu Ende bauen, und ein Kohlekraftwerk in Hamm machen wir auch nicht.

Und die Pipeline für Bayer brauchen wir auch. Um mal einige Beispiele zu nennen, wenn es um knallharte Industriepolitik geht, die zurzeit in Nordrhein-Westfalen zum Beispiel schwer umstritten ist. In Datteln sind mittlerweile drei Milliarden investiert worden. Das könnte ja auch eine Ruine werden. Ich bin schon der Meinung, dass wir Datteln auch ans Netz bringen müssen. Ich bin hier für eine klare Industriepolitik, um die Wachstumskräfte im Land zu stärken. Damit erreichst Du auf jeden Fall – das haben wir in den Jahren 2007 und 2008 gesehen – an Steuereinnahmen wesentlich mehr, als wenn Du nur über die Frage von Steuererhöhungen redest.

Dann gibt es einen weiteren Punkt. Den halte ich aber in der Politik für etwas Selbstverständliches: Die Politik muss mit den erwirtschafteten Steuern äußerst sparsam umgehen. Das gelingt uns sicherlich nicht an jeder Stelle. Ich teile die Auffassung von Roland Koch, dass man deswegen die Frage des Sparens nicht völlig ausklammern kann.

Heiner Bremer

Dazu kommen wir noch.

Karl-Josef Laumann

Dann gibt es Bereiche, wo man grundsätzlich sagt: Da wollen wir nicht sparen. Da würde ich die Investitionen in Kindergärten und Bildung ganz oben ansetzen. Ich persönlich würde zum Beispiel auch die Behindertenpolitik dort ganz oben ansetzen, wo ich sage, dass nicht gespart werden kann.

Es gibt sicherlich Bereiche, bei denen man überlegen kann, ob zum Beispiel bei den Subventionen alles so bleiben muss, wie es heute ist.

Dagmar Engel

Haben Sie eine Idee?

Karl-Josef Laumann

Da nenne ich persönlich manche Förderung der regenerativen Energie. Dagegen war die Kohleförderung ein Waisenknabe.

Renate Künast

Ich höre keine Reaktion.

Karl-Josef Laumann

Ich kann ja nur sagen: Jeder Hartz-IV-Empfänger, der zwei Kinder hat, zahlt heute im Jahr bei seiner Stromrechnung 330 Euro für regenerative Energien. Dieses Geld streichen die reichen edlen Lehrerehepaare in meinem Dorf ein, die sich die Solaranlagen auf ihren Dächern erlauben können. (Zurufe)

Renate Künast

Da haben Sie so richtig die Schublade mit der Überschrift „niedrige Beweggründe“ aufgezogen, muss ich mal sagen! (Heiterkeit)

Karl-Josef Laumann

Das macht ja nichts aus; nehmen Sie es einfach mal zur Kenntnis. Ich möchte mal wissen, wenn wir diese 330 Euro für die Krankenkasse nehmen würden, was für eine Debatte wir mit Ihnen, Frau Künast, hätten.

Heiner Bremer

Aber nur dann, wenn Sie Frau Künast jetzt das Wort lassen. Bitte.

Renate Künast

Ein kleiner Zwischenruf ist ja okay. – Ich sage mal: Auch Otto Normalverbraucher, auch Leute hier im Saal, auch Leute, die nicht reich sind, haben ein klein Häuschen und waren mittlerweile schon so klug, es energetisch zu sanieren. Dazu gehört zum Beispiel auch die Solaranlage auf dem Dach. Mittlerweile gibt es auch Lösungen für den Carport, mit Folien und so weiter, die sogar noch billiger sind – falls Sie es noch nicht haben, eine kleine kostenlose Beratungsleistung. (Heiterkeit)

Ich finde es unredlich, den erneuerbaren Energien einen Preis aufzurechnen. Natürlich kosten sie was. Aber dann rechnen Sie bitte überall woanders auch die Kosten ein, einschließlich der sogar über Deutschland hinausgehenden volkswirtschaftlichen Kosten. Rechnen Sie CO₂ ein, rechnen Sie den gesamten Klimawandel ein, rechnen Sie bei der Atomenergie ein, wie

die Atomenergie jahrzehntelang fast die gesamten Energieforschungshaushalte eingesackt hat. (Beifall) Rechnen Sie die Polizeieinsätze ein, rechnen Sie die nicht gelöste Lagerfrage ein.

Und dann überlegen Sie mal, welche Konkurrenz wir international haben. Ja, China baut viele Kohlekraftwerke, aber China baut auch jede Menge andere Mobilität, neue Städte, andere Energie und und und. Wenn wir vorne sein wollen, muss es bei uns heißen, dass wir intelligent investieren. Das kann auch heißen, von der Großindustrie über den Mittelstand bis Oma ihr klein Häuschen, dass wir die energetische Sanierung und die Produktion von Energie sozusagen fördern. Das macht Sinn, meine Damen und Herren, weil es eine Rendite auf die Zukunft gibt. (Beifall)

Ich würde gern noch folgende Frage angehen. Wenn Herr Koch heute sagt „Dann sparen wir bei den Kindern“, dann sage ich: Ich war in der Föderalismuskommission I. Ich weiß, wie er nachts um Viertel vor zwölf in einer kleinen Runde explodiert ist und Stoiber und Müntefering damals sagten: Hier geht gar nichts mit Föderalismusreform, außer der Bund hält sich in Zukunft bei der Bildung gänzlich raus; der Bund darf nie wieder zum Beispiel zum Ausbau der Tagesbetreuung direkt Gelder an die Kommunen geben, da brauchen wir ein Kooperationsverbot.

Das finde ich unanständig. Viele Probleme haben wir schon damals gekannt. Er wollte diese Kinderbetreuung und Kinderbildung haben und jetzt bietet er als Erstes an, die zu kippen. In Wahrheit steckt noch etwas anderes dahinter, nämlich die Tatsache, dass seit dem 9. Mai die CDU im Zerfallsprozess ist. Der Roland Koch sagt nämlich in Wahrheit: Angela Merkel, wenn Du nicht führst, dann führe ich. Und das in diesen schwierigen Zeiten! (Beifall)

Dagmar Engel

Das ist eine interessante Diskussion, aber nicht die, die wir heute führen wollen. – Herr Scholz.

Olaf Scholz

Ich finde interessant, wie wir in diese Diskussion jetzt gestartet sind. Es geht eigentlich um die Frage: Kommen wir mit unserem Geld aus? Muss gespart werden? Wo? Da ist erst einmal ein markiges Bekenntnis zur Industriepolitik abgegeben worden. Dem schließe ich mich an. Ich bekenne mich zur Industriepolitik. Ich halte sie für notwendig. Da muss ich als Sozialdemokrat keinen Beweis antreten. (Beifall) Zweitens ist dann ein Angriff auf die Frage der erneuerbaren Energien gemacht worden. Frau Künast war so nett, auch noch darauf einzugehen. Aber in Wahrheit geht es jetzt doch um Folgendes.

Heiner Bremer

Gibt es Steuererhöhungen, ja oder nein?

Renate Künast

Aber wo?

Olaf Scholz

Jetzt geht es um die Frage: Was ist eigentlich mit der Situation der öffentlichen Haushalte? Das Allererste, das jetzt mal passieren muss, ist, dass diese unsinnige Hotel erleichterungssteuer wieder zurückgenommen wird, (starker Beifall) und zwar nicht nur deshalb, weil das eine unglaubliche bürokratische Absurdität ist, und nicht nur deshalb, weil es ein unglaublicher Klientelismus war, und nicht nur wegen des Geldes, sondern wegen der moralischen Zerstörung, die das angerichtet hat. Wenn man so was macht, was überhaupt nicht einsehbar ist, dann ist überhaupt nichts mehr, was man in schwierigen Zeiten zu tun hat, verständlich zu machen. Deshalb war das sozusagen auch ein Angriff auf das Gemeinwohl, eine so absurde Klientelbedienung zu beschließen. (Beifall)

Das Zweite, was notwendig ist, ist, dass wir klar sagen: Es wird nicht gekürzt bei den sozialen Sicherungssystemen und den Steuergeldern, die aus dem Bundeshaushalt dafür zur Verfügung stehen. Das ist immerhin die Hälfte des Bundeshaushalts; es sind fast 150 Milliarden Euro. Es geht um 80 Milliarden Euro für die Rente, es geht um fast 40 Milliarden Euro für die Unterstützung der Arbeitsuchenden und der Arbeitsvermittlung. Es geht darüber hinaus auch um Geld beispielsweise für die Zuschüsse an die Krankenversicherung. Da höre ich heute, dass der geplante steigende Zuschuss zur Krankenversicherung zur Beitragsstabilisierung nicht weiter steigen soll. Was ja heißt, dass man eine Steuererhöhung verkappt durchsetzt über eine Gebührenerhöhung bei den Krankenversicherten.

Das ist nicht in Ordnung. Deshalb sage ich ausdrücklich: Alle diese Wege sind verbaut. Jetzt muss ehrlich gesagt werden: Zumindest mit den Steuersenkungsplänen der Koalition ist es nichts, der Koalitionsvertrag war nicht die Wahrheit, das wird zurückgenommen.

Heiner Bremer

Herr Scholz, das war ein klares Plädoyer für die Haltung der SPD. Es gibt nämlich eine Äußerung des CDU-Haushaltspolitikers Barthle, der sehr wohl gesagt hat, der riesige Etat der Arbeits- und Sozialministerin von der Leyen müsse auch bluten, etwa 3 bis 4 Milliarden aus diesem Topf. Das ist in der Koalition offenbar anders. Herr Laumann, Sie sagen, Sie wollen das auch nicht.

Olaf Scholz

Ich will ausdrücklich sagen: Da bin ich nicht so sicher, was da passiert. Es ist so, dass es eigentlich zum Standardplan von Union und FDP gehörte, etwas zu machen bei den Kosten der Arbeitsvermittlung und den Qualifizierungsmaßnahmen und den Kosten, die dafür ausgegeben worden sind. Dieser Plan ist gegenwärtig durchkreuzt. Das kann man ja auch mal sagen. Er ist durchkreuzt durch die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Grundsicherung für Arbeitsuchende. Das wird zu steigenden Beiträgen für die Grundsicherung führen. Darum reden zwar alle herum, aber so ist es.

Dieser Plan ist zweitens durchkreuzt durch die Vereinbarung, die wir im Zusammenhang mit der Jobcenterreform getroffen haben. Daran halten sich einige im Augenblick zwar nicht komplett, aber ich will die Vereinbarung hier einmal erzählen.

Erstens. Im Gesetz steht ein klarer Schlüssel für die Zahl der Arbeitsvermittler: 1 zu 150, 1 zu 75. Das bedeutet mehr Stellen für die Arbeitsvermittlung, also mehr Kosten und nicht weniger. Zweitens. Es ist vereinbart worden, dass die gesperrten Mittel für die Arbeitsmarktpolitik entsperrt werden. Das ist mittlerweile in zwei Anläufen passiert. Drittens. Es ist vereinbart worden, dass wir die befristeten Vermittler entfristen, was schon auf den Weg gebracht worden war, als ich noch das Amt hatte. Es ist noch nicht durchgeführt worden.

An dieser Stelle entscheidet sich das, denn die SPD hat ganz klar gesagt: Die Zweidrittelmehrheit für die Verfassungsänderung gibt es nur mit dem gesamten Paket, das heißt ohne Kürzung bei der Arbeitsvermittlung und mit einem Ausbau der Zahl der Arbeitsvermittler. Wenn das passiert, sind alle Pläne, die bei Union und FDP je existierten, wie man mit dem Haushalt zurechtkommen kann, gestorben. Deshalb haben die im Augenblick gar keinen Plan. Darum fangen die Ersten an, über Steuererhöhungen zu reden.

Heiner Bremer

Das letzte Wort in dieser Runde hat Gregor Gysi.

Gregor Gysi

Wir müssen doch mal sehen, was in den vergangenen Jahren hier in Deutschland geschehen ist. Wir hatten einen Reallohnverlust von 11,3 Prozent. Wir hatten einen realen Rentenverlust von 8,5 Prozent. Wir sind im Vergleich der EU- und im Vergleich der OECD-Länder unterdurchschnittlich in den Bildungsausgaben. Wer hier anfängt, ernsthaft zu glauben, wir könnten die Krise dadurch lösen, dass wir die Löhne weiter senken, dass wir die Renten weiter senken und bei der Bildung kürzen, liegt schief. Das dürfen wir uns auch nicht bieten lassen, finde ich. (Beifall)

Lassen Sie mich zur Bildung sagen: Ich bedaure sehr, dass auf Druck von Koch und anderen CDU und SPD wirklich beschlossen haben, das Grundgesetz bei der Bildung zu ändern. Wir haben jetzt 16 verschiedene Schulsysteme, weil wir 16 Bundesländer haben. Das mag in das Zeitalter der Postkutschen des 19. Jahrhunderts passen, aber in das 21. Jahrhundert passt das überhaupt nicht. (Beifall)

Deshalb sage ich Ihnen: Wenn wir die Probleme lösen wollen, gibt es nur einen Weg, das ist die Steuergerechtigkeit. Wir müssen die Einnahmen erhöhen. Deshalb müssen wir über die Transfersteuer für internationale Finanzgeschäfte reden, über die Börsenumsatzsteuer für nationale Finanzgeschäfte reden. Wir müssen über eine Millionärssteuer reden, über eine gerechte Einkommensteuer und – das sage ich auch – für hohe Erbschaften auch über eine gerechte Erbschaftsteuer. Ich kann nicht akzeptieren, dass die vierte Gattin eines Milliardärs die Villa völlig kostenfrei erbt, bloß wenn sie mit ihrem Freund dort weiterlebt. Das kann ich nicht akzeptieren. Aber so sieht heute unser Erbschaftsteuerrecht aus.

Olaf Scholz

Vor allem die vierte Gattin. Deshalb darf die Villa nicht größer als 120 Quadratmeter sein. (Heiterkeit)

Dagmar Engel

Sie haben es ja nicht so richtig schwer hier auf der Bühne; denn immer, wenn Sie sagen „Wir besteuern die anderen“, also alle die, die nicht hier sitzen, wird geklatscht, und wenn Sie sagen „Wir besteuern die Banken“, wird geklatscht.

Gregor Gysi

Die Mehrwertsteuer ist erhöht worden, das ist immer der Trick, das bezahlen dann alle. Die Krise verursachen die Banken und Spekulanten, und dann wird die Mehrwertsteuer erhöht, damit die Leute das bezahlen. Genau das geht nicht mehr so einfach.

Renate Künast

Lassen Sie mich dazu einen Satz sagen. – Das ist alles toll gesprochen, Gregor. Aber vergiss nicht: Spekulieren kannst Du nur in jemanden rein, der sich hoch verschuldet hat. Sonst kommst Du gar nicht in diese Rolle hinein. Wir müssen an der Stelle auch mal Asche auf das eigene Haupt streuen, wo immer man Verantwortung getragen hat. Wir sind nicht wirklich nachhaltig generationengerecht mit den Haushalten umgegangen. Und jetzt kommt die ganz bittere Zeit. „Bittere Zeit“ heißt aber, intelligent zu sparen, nicht so, dass man die Zukunft kaputtspart in bestimmten Industrie- oder in Bildungsbereichen. Das wird manchem wehtun.

Heiner Bremer

Mit Verlaub: Das war nun mehr als ein Satz.

Renate Künast

Sie kennen meine Zeichensetzung.

Olaf Scholz

Das waren lauter Semikolons. (Heiterkeit)

Heiner Bremer

Ja, das war ein unheimlicher Schachtelsatz. (Große Heiterkeit)

Karl-Josef Laumann

Diese Debatte höre ich jetzt seit 20 Jahren, warum das Sparen bei irgendeiner Gruppe jetzt gerade nicht geht. Auch noch zu Zeiten, in denen die Arbeitslosigkeit niedriger war, hat sich das Land verschuldet. Da ging das Sparen auch nicht, da wurde auch grundsätzlich intelligent investiert.

Dagmar Engel

Eben nicht.

Karl-Josef Laumann

Ich glaube schon, dass wir guten Grund haben, auch in Deutschland darüber nachzudenken: Wie kann der Staat einen Beitrag dazu leisten, besser mit seinem Geld auszukommen?

Dagmar Engel

Das finde ich auch, und ich finde jetzt – –

Karl-Josef Laumann

Man kann nicht immer nur über die Einnahmeseite reden.

Renate Künast

Das tut ja keiner.

Dagmar Engel

Ich fände es ganz schön – –

Renate Künast

Ich rede über die Ausgabenseite.

Dagmar Engel

Ich fände es ganz schön, wenn wir jetzt – –

Heiner Bremer

Lassen Sie uns beim Thema bleiben, Frau Künast!

Renate Künast

Stimmen Sie mir zu, wenn ich sage, es wäre gut, wenn wir in Bildung und in Kinder investieren?

Karl-Josef Laumann

Ich fände es gut, wenn Frau Künast sagt, wo sie ganz anderer Meinung ist.

Heiner Bremer

Darüber wollen wir aber jetzt nicht diskutieren.

Dagmar Engel

Was ich an dieser Stelle jetzt gerne wissen würde, und zwar ganz pragmatisch – wir machen es einfach mal an Zahlen fest –, ist Folgendes: Jeder macht bitte drei Vorschläge, was man machen kann, um den Schulden zu begegnen. Machen Sie bitte ganz praktische Vorschläge. Und Sie müssen sich vorstellen, Sie sind anschließend an der Regierung und müssen es auch umsetzen. (Heiterkeit) Das macht es vielleicht dem einen oder anderen ein bisschen schwerer, weil er doch ein bisschen benachteiligt war. Also machen Sie Vorschläge, von denen Sie glauben, dass sie tatsächlich auch umsetzbar sind, und nicht nur Vorschläge, von denen Sie wissen, dass Sie hier Applaus kriegen.

Renate Künast

Die Frage rahme ich mir echt ein, das finde ich irre. Wer hat es hier schwer? Wir stellen uns auch auf Bankentagen, auf Bauertagen oder sonst wo, wo die Leute nicht gerade jubeln, wenn wir kommen. Wir machen verantwortlich Politik. Und wenn wir hier etwas sagen, sagen wir es nicht nur für den Applaus, sondern weil wir nachgedacht haben. (Lebhafte Zustimmung) Das stinkt mir allmählich! (Anhaltender starker Beifall)

Dagmar Engel

Gut. Das ziehe ich mir an. Trotzdem möchte ich jetzt alle bitten, noch einmal kurz darüber nachzudenken, drei Punkte zu nennen, an denen gespart werden kann.

Gregor Gysi

Übrigens: Vor einem halben Jahr habe ich vor lauter Versicherungsunternehmern gesprochen. Na, da wurde vielleicht begeistert geklatscht. Das will ich nur mal sagen. (Heiterkeit – Leichter Beifall)

Dagmar Engel

Herr Scholz, fangen Sie an.

Olaf Scholz

Ich habe eben schon gesagt, wo man nicht sparen soll.

Dagmar Engel

Ja.

Olaf Scholz

Das ist ganz wichtig, denn wenn man sich die Struktur des Bundeshaushalts anguckt – und über den reden wir ja hier zu einem ganz erheblichen Teil –, dann geht es immer um diese Bereiche. Im Gegensatz zu den öffentlichen Illusionen darüber, dass es ganz leicht sei, ist das die Wahrheit. Wenn man es falsch macht und die falschen Strategien fährt, dann wird dort gekürzt, und das ist nicht verantwortlich, um dies ganz klar zu sagen.

Zweitens glaube ich, wir brauchen ein vernünftiges Prinzip. Das Prinzip sollte lauten, dass man, wenn man neue Ausgaben beschließt, die Finanzierung dieser neuen Ausgaben dann auch gleich mitbeschließt. Das ist eine Art und Weise, in der der amerikanische Präsident Clinton den von Reagan und Bush senior ruinierten öffentlichen amerikanischen Haushalt so sehr saniert hat, dass am Ende seiner Amtszeit darüber nachgedacht wurde, was man macht, wenn alle Schulden zurückgezahlt sein werden. Das ist dann ganz anders gekommen. Bush junior war ja auch im Amt. Und jetzt haben wir eine Finanzkrise.

Aber ich will ausdrücklich sagen: Das ist aus meiner Sicht das richtige Prinzip zur Bekämpfung der Verschuldung öffentlicher Haushalte, weil es natürlich falsch ist, in einer noch nicht beendeten Konjunkturkrise zu versuchen, zum Beispiel das Arbeitslosengeld zu kürzen. Ich halte das für inakzeptabel und glaube, das ist nicht der richtige Weg. Dieses Prinzip ist das Richtige.

Dann geht es um die Einnahmefrage. Da ist man falsch gestartet mit zwar legitimen, aber nicht vernünftigen Steuersenkungen, und das rächt sich jetzt. Es ist falsch gestartet worden, weil allen gesagt worden ist, es wäre locker möglich, diese Steuersenkungen zu bezahlen. Das hat nicht gestimmt, und das muss jetzt korrigiert werden.

Und dann gibt es noch ein paar Dinge, über die wir schon gesprochen haben. Ein paar davon standen auch in unserem Wahlprogramm, und ich will mich auf die beschränken. Über die Finanztransaktionssteuer und die Börsenumsatzsteuer ist gesprochen worden.

Wir haben auch gesagt, dass zum Beispiel die zusätzliche Besteuerung derjenigen, die mehr als 250.000 oder 500.000 Euro im Jahr verdienen, auch schon beginnen kann bei 125.000 und 250.000 Euro. Das trifft übrigens dann doch den einen oder anderen hier im Saal. (Unruhe – Pfiffe) – Nicht alle, aber einige. Das, finde ich, ist eine Sache, von der man sagen kann, das ist vernünftig, und das führt auch zu einer besseren Einnahmesituation. So muss man durch die Krise kommen. Es wäre jetzt falsch, mit einer rein fiskalistischen Politik zu versuchen, den öffentlichen Haushalt zu sanieren. Wir müssen das so machen, dass man vernünftig und knauserig vorgeht.

Heiner Bremer

Herr Laumann, die Kanzlerin, Ihre Parteivorsitzende, hat wiederholt und, ich glaube, auch hier auf dem Kongress gesagt, die Deutschen hätten über ihre Verhältnisse gelebt.

Dagmar Engel

Darf ich da mal kurz einhaken? – Wer von Ihnen hier im Raum ist der Ansicht, er hätte in der letzten Zeit über seine Verhältnisse gelebt? Könnte der mal seinen Arm heben? (Heiterkeit) – Niemand. Doch, dahinten hat jemand zugegeben, er habe ein bisschen über seine Verhältnisse gelebt. (Heiterkeit)

Gregor Gysi

Ich finde es nur gut, dass sich Herr Laumann nicht gemeldet hat. (Heiterkeit)

Heiner Bremer

Gut. Aber darf ich die Frage nun weiter ausformulieren? – Welche Verhältnisse meint sie? Meint sie zum Beispiel auch die in der Tat hoch umstrittene Mehrwertsteuersenkung für Hotels? Gesteht sie das heute als Fehler ein? Oder meint sie Hartz-IV-Sätze, die zu hoch sind?

Karl-Josef Laumann

Ach, wissen Sie – –

Heiner Bremer

Ich stelle nur Fragen aus einem Bereich, der in der Öffentlichkeit andauernd und immer wieder diskutiert wird.

Karl-Josef Laumann

Es ist ja zunächst so, dass ich diese Hotelsteuer gar nicht verteidigen muss, weil ich sie nie verteidigt habe.

Heiner Bremer

Ja, Sie sind ja CDU-Mann.

Karl-Josef Laumann

Die Wahrheit ist ja, dass diese Hotelsteuer ein Herzensanliegen der FDP war. Aber leider war die CSU auch dick mit dabei.

Heiner Bremer

Richtig.

Karl-Josef Laumann

So. Und die CDU war in dieser Frage relativ leidenschaftslos.

Dann gibt es Koalitionsverhandlungen, und dann wird das zum Dollpunkt gemacht. Es ist nun mal so: Wenn man Koalitionsverhandlungen macht, hat man nicht alles alleine zu bestimmen; das ist das Wesen von Koalitionsverhandlungen.

Das Zweite, auf das ich hinaus will, ist Folgendes: Ich habe in meinem mittlerweile längeren politischen Leben 25 Jahre Kommunalpolitik gemacht, ich war 15 Jahre im Bundestag und bin jetzt seit fünf Jahren auf der Landesebene tätig. Ich glaube, dass dieser Staat ein unheimliches Geld kostet, dass die drei staatlichen Ebenen völlig durcheinandergehen. Der Bund macht Anreizprogramme für die Kommunen, gibt den Kommunen Aufgaben auf und schickt das nötige Geld teilweise nicht mit; das machen die in den Ländern auch. Dann gibt es andere Aufgaben, die werden zwischen Land und Bund hin und her geschoben.

Ich glaube, dass der Anfang einer Konsolidierung in Deutschland sein muss, dass wir ganz klar neu definieren: Was ist die Aufgabe von Kommunalpolitik? Was ist die Aufgabe von Landespolitik? Es ist auch nicht in Ordnung, dass zum Beispiel die Frage von Bildung völlig durcheinandergeht zwischen Landesebene und Bundesebene. Dadurch spart man ganz sicherlich kein Geld. Und was ist die Aufgabe des Bundes? Dies alles vor allem unter dem Blickwinkel, dass wir auch noch ein gemeinsames Europa haben.

Das, was wir hier zurzeit bei der Finanzkrise in Europa diskutieren, heißt im Übrigen, dass die nationalen Gestaltungsspielräume noch enger werden, weil die europäischen erhöht werden müssen, um Verschuldungen, wie wir sie jetzt in Europa haben, wieder hinzukriegen.

Ich halte es für eine der entscheidenden Fragen, dass wir uns gegenseitig nicht mehr den Schwarzen Peter zuschieben. Ich kann Ihnen nur sagen: Jede Kommune in Nordrhein-Westfalen – und das wird in ganz Deutschland so sein – gibt heute für die Jugendhilfe etwa doppelt so viel aus wie vor zehn Jahren. Das hängt aber mit dem zusammen, was wir alle für richtig finden, U3-Betreuung, hängt aber auch mit Riesenkosten zusammen, die wir mittlerweile wieder in der Grundsicherung der Pflege haben.

Heiner Bremer

Gut.

Karl-Josef Laumann

So! Dann muss ich doch dafür sorgen, dass ich in unserem Land ein Rentenniveau behalte, wo wir nicht jedes Jahr in zweistelligen Zuwachsraten die Leute in die Grundsicherung knallen; denn die Grundsicherung ist eine kommunale Leistung, die uns in den Gemeinden die Luft zum Atmen nimmt. Es gibt zweistellige Steigerungsraten, weil die Renten nicht mehr reichen. Und kein Mensch macht etwas, damit wir Rente nach Mindesteinkommen kriegen. Aber jetzt steht das in dem Koalitionspapier von CDU/CSU und FDP. Also Rot-Grün hat da gar nichts gemacht, und die Große Koalition hat sich an diesem Thema auch nicht beteiligt.

Heiner Bremer

Ich bin jetzt ehrlicherweise ein bisschen verwirrt. Erstens habe ich den Eindruck, wir hatten doch gerade eine große Föderalismusreform. Warum hat man dabei nicht auch schon das ganze Verhältnis geregelt und kommt jetzt damit?

Zweitens. Wenn die Kanzlerin davon redet, wir lebten über unsere Verhältnisse, dann meint sie das jetzt, und dann meint sie wohl, wir müssten an diesem Zustand sehr schnell etwas ändern. Da hilft es nun nicht, darauf zu warten, dass sich irgendwann in grauer Zeit Bund, Länder und Gemeinden auf die gegenseitige Abschaffung einigen. Das ist so ähnlich wie der Hinweis auf die Amerikaner, die die Transaktionssteuer mitmachen.

Nein, Herr Laumann, das ist doch eine Aufgabe, die die CDU erfüllen muss. Sie kann doch nicht nur mit dem Finger auf die Leute zeigen und ihnen sagen: Ihr habt über eure Verhältnisse gelebt. Sie muss doch auch sagen, wie man vom Schuldenberg runterkommt. Sie kann doch nicht abwarten, bis irgendwann in den Hinterkulissen etwas gemacht wird. Sagen Sie doch: Keine Änderung bei Hartz IV, also keine niedrigeren Sätze, keine weiteren Sozialkürzungen!

Karl-Josef Laumann

Wir haben gerade erst in dieser CDU-FDP-Regierung das Schonvermögen für Hartz-IV-Empfänger erhöht. Wir befinden uns in der Situation, dass jeder weiß, dass zumindest bei den Regelsätzen für Kinder noch ein Bundesverfassungsgerichtsurteil umzusetzen ist. Denn die Festlegung, dass diese 60 oder 80 Prozent der Bedarfssätze eines Erwachsenen betragen, hat vor dem Bundesverfassungsgericht nicht Stand gehalten. Im Übrigen waren diese 60 oder 80 Prozent keine CDU-Erfindung. Da hat Herr Scholz völlig recht: Im Hartz-IV-Bereich kommen eher größere als kleinere Aufgaben auf uns zu.

Dann sage ich Ihnen den nächsten Punkt: Es gibt in diesem Land wohl niemanden, der in der Lage ist, die Staatszuschüsse zur Rentenversicherung zu verändern. Denn die Rentenzahlungen, die geleistet werden müssen, müssen nun einmal nach

den Rentengesetzen, die wir haben, geleistet werden. Und mehr als Nullrunden, die wir schon längere Zeit fahren, geht wohl nicht. Also soll mir bitte jemand sagen, wie man in diesem Bereich etwas machen will.

Ein weiterer Punkt. Nehmen Sie den Anteil an Steuern, den wir in den letzten drei Jahren den Krankenkassen gegeben haben, heraus. Dann kommt es sofort zu einer Erhöhung der Krankenkassenbeiträge um 1,5 Prozent. Denn mittlerweile macht der Steueranteil für die Krankenkassen 1,5 Prozent aus. Auch hier sehe ich keine Möglichkeit, etwas zu machen.

Jetzt nehmen wir die nächsten Bereiche. In der Großen Koalition sind die Türen im Bereich Frühverrentung zugemacht worden. Hier haben wir klare Abmachungen, wie es mit Altersteilzeit und anderen Fragen aussieht. Die Fragen sind beantwortet. Hier wollen wir zwar keine erneute Öffnung hin zu den alten Systemen, aber die alten Systeme sind zugemacht worden. Ich denke, hier im Raum weiß man viel besser, was das an Auswirkungen hat, als ich selber. Also, auch in diesem Bereich gibt es keine weiteren Möglichkeiten.

So, es will doch jetzt wohl niemand sagen – außer vielleicht ein paar ganz verrückt Gewordenen –: Wir wollen die Dinge, die wir auch für das Jahr 2011 im Bereich Kurzarbeit vereinbart haben, zurücknehmen. – Im Übrigen würde sich das sofort auf die Arbeitslosengeldzahlungen auswirken.

Heiner Bremer

Also kommt es zu keinen Kürzungen in diesem Bereich?

Karl-Josef Laumann

Ich kann mir keine Kürzungen in diesem substanziellen Bereich der Sozialpolitik vorstellen.

Renate Künast

Keine Kürzungen in diesem substanziellen Bereich? – Ich würde eher sagen: Wir müssen mehr Geld für die soziale Infrastruktur ausgeben. Hier werden auch Vertreter der Gewerkschaft der Polizei sitzen, um es einmal direkt zu sagen. Die Bildungsfrage ist eine zentrale Gerechtigkeitsfrage. Sie ist letztendlich auch eine Frage der inneren Sicherheit. Wenn Sie so große Teile junger Menschen, also Kinder aus dieser Gesellschaft, ausgrenzen, ihnen keine Chancen geben, sie am Ende ohne Abschluss von der Schule gehen lassen und diese nirgendwo einen Job finden, dann haben wir ein Problem. Dann werden wir uns in viele Teile der Städte gar nicht mehr trauen. Darüber muss man nachdenken.

Ich nehme dieses Beispiel, um noch einmal zu sagen, warum wir mit bestimmten Dingen intelligent umgehen müssen und warum mich dieser Roland-Koch-Satz so ärgert. Es ist nämlich nichts Generöses, Bildung zu erfahren. Es geht um Bildungsgerechtigkeit, damit sich Kinder entwickeln können. Dass Kindern Bildung zuteil wird, ist auch für die Eltern wichtig, damit sie erwerbstätig sein können, damit sie ihr eigenes Einkommen haben und damit sie nicht irgendwann in die Altersarmut rutschen. Darüber hinaus ist der Zugang zu Bildung letztendlich eine innenpolitische Frage. Also täten wir gut daran, bei jeder Frage genau zu überlegen, welche Rendite, welchen Nutzen wir davon haben, wenn wir bei der Bildung nicht kürzen oder wenn wir die Kindergrundsicherung sogar erhöhen. Wir müssen mehr Geld in die Infrastruktur stecken.

Frau Merkel sagte, dass wir über unsere Verhältnisse gelebt hätten. Das wissen wir alle. Wirklich spannend wird es aber, wenn wir jede Münze zweimal umdrehen und uns fragen müssen, wofür wir kein Geld mehr ausgeben dürfen. Da liegt noch eine ganz scharfe Debatte vor uns.

Nehmen wir einmal die Landwirtschaft. Werden Direktzahlungen an Bauern weiterhin in voller Höhe ausgezahlt, auch wenn sie umweltschädlich handeln? – Wir müssen in Zukunft sagen: Du musst entsprechende Maßnahmen ergreifen. Sonst bekommst Du nicht den vollen Satz. – Warum sage ich das? – Weil wir den Klimaschutz im Kopf haben.

Heißt das, dass wir Ausnahmen bei der Ökosteuer – ich weiß, dass wird bestimmte Industriebereiche treffen – abschaffen? – Man muss klar sagen: Ihr müsst Euch modernisieren. Da sind dann auch die Gewerkschaften gefragt, wenn bestimmte Industrien sagen: Bei uns aber nicht! – Ich sage Ihnen mit Verlaub: Wenn wir bei der Bildung nicht sparen wollen, dann müssen wir jeden anderen Euro zweimal umdrehen. Dann kann man nicht überall Ausnahmeregelungen zulassen.

Dann brauchen wir auch eine Brennelementesteuer. Warum gibt es in dem Bereich eigentlich Privilegien? – Dann müssen wir den großen Autounternehmen auch sagen: Baut endlich andere Autos. – Diese „Q7“ wird man als Dienstwagen nicht mehr so kaufen können, dass einem noch 50.000 Euro hinterhergeworfen werden. Das Geld haben wir nicht. (Beifall)

Dann muss man auch – ich habe das Wort eben schon gebraucht – ans Ehegattensplitting gehen. Dann muss man sagen: Im 21. Jahrhundert wird der Trauschein nicht mehr steuerlich privilegiert. (Starker Beifall) In Zukunft wird nur derjenige privilegiert, der Kinder erzieht oder Menschen pflegt. (Lebhafter Beifall) Das sage ich auch, weil sich die Ehefrauen in falscher Sicherheit wähnen und weil sie keinen Druck auf dem Arbeitsmarkt machen, um einen sozialversicherungspflichtigen Job zu bekommen.

Dann hat man ungefähr 8 Milliarden Euro. Dann sagt man: Davon nehmen wir 2 oder 3 Milliarden Euro für die Schuldentilgung, und die anderen investieren wir zum Beispiel in die Kinderbetreuung.

Mein letzter Satz. Olaf Scholz hat gerade gesagt, man müsse immer gegenfinanzieren. Das ist für meine Begriffe der erste Punkt: immer gegenfinanzieren. – Du musst sagen, woher Du das Geld haben willst. Ich glaube allerdings, dass die Situation so beschissen ist, dass Gegenfinanzieren allein nicht reicht. Wir werden liebgewonnene Gewohnheiten streichen. Ich habe ein paar aufgezählt: Dienstwagenprivileg. Einen „Q7“ kann sich eh kaum einer im Saal leisten. Das trifft keinen. Beim Ehegattensplitting wird es schon spannender. Wir werden Entscheidungen für unser Leben treffen müssen, und nicht alle werden toll sein. Sie werden sozusagen ein Umgewöhnen voraussetzen.

Dagmar Engel

Das war wieder einer der 27-Semikolon-Sätze. (Heiterkeit)

Gregor Gysi

Zunächst einmal möchte ich das, was Frau Künast zur Bildung gesagt hat, unterstreichen. Ich weiß, dass Bildung teuer ist, aber Jugendgefängnisse sind viel teurer. Deshalb investiere ich lieber in Bildung. Das will ich ganz klar sagen. (Beifall)

Jetzt noch drei Bemerkungen. – Erstens. Der Bundeshaushalt muss anders geführt werden als der Privathaushalt. Das müssen wir endlich einmal begreifen.

Heiner Bremer

Der Privathaushalt kann sich auch nicht so hoch verschulden.

Gregor Gysi

Pass auf. Ich habe einen anderen Gedanken. Das kann er auch nicht – außer bestimmte Private.

Es geht um etwas anderes. Im Privathaushalt gebe ich weniger Geld aus, wenn ich weniger Geld habe. Der Bundeshaushalt muss eigentlich umgekehrt reagieren: Wenn er weniger einnimmt, weil die Wirtschaftstätigkeit lahm, muss er investieren. Wenn er viel einnimmt, weil die Wirtschaft boomt und die Steuereinnahmen sprudeln, muss er sparen. Jede Regierung macht es aber umgekehrt, weil es umgekehrt natürlich bequemer ist. So wäre es aber richtig.

Zweite Bemerkung. Sie wissen, ich bin ein Gegner des Afghanistan-Krieges. Wir könnten viel einsparen, wenn wir die Bundeswehr so schnell wie möglich abziehen würden. (Lebhafter Beifall)

Dritte Bemerkung. Ich mache Ihnen einen radikalen neuen Vorschlag für alle Genehmigungsverfahren. Meistens ist es bei uns ja so: Du beantragst eine Genehmigung und wartest Deine sechs Monate. Dann kannst Du noch vor dem Verwaltungsgericht klagen. Dann bekommst Du nach zwei Jahren einen Termin, und das bringt Dich auch nicht weiter. Und so weiter.

Wir könnten doch mal darüber nachdenken, ob wir das nicht vereinfachen und viel kostengünstiger gestalten könnten, indem wir sagen: Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen können Anträge stellen. Wenn sie einen zulässigen Antrag gestellt haben, gilt dieser sechs Wochen später als genehmigt. Es sei denn, es erfolgt ein schriftlich begründeter Widerspruch der Behörde.

Renate Künast

Dann bauen noch mehr ihre Atom- und Kohlekraftwerke! Du hast vielleicht Ideen! (Heiterkeit)

Gregor Gysi

Frau Künast, Ihre Arroganz ist gelegentlich fehl am Platze. Jetzt sage ich Ihnen einmal Folgendes.

Renate Künast

Das war ernst gemeint.

Gregor Gysi

Es würde eine Umstellung bedeuten. Es würde bedeuten, dass wir als Behörden reagieren müssten. Übrigens, genehmigen könnten wir auch. Insofern ist es doch Quatsch, was Sie sagen. Das Entscheidende ist, dass wir die Behörden auch dazu bringen, dagegen Widerspruch zu erheben. Aber die Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen zu jagen und zu sagen: „Ihr müsst Euren Anträgen jahrelang hinterrennen“, das würde aufhören, und es wäre sehr viel kostengünstiger.

Übrigens, Sarrazin hat zu mir gesagt: „Dann würden wir ja weniger einnehmen“. – Darauf sagte ich: Ganz im Gegenteil. Wir nehmen die Gebühren ein, ohne etwas zu tun. Das ist noch viel bequemer. (Heiterkeit – Beifall)

Heiner Bremer

Es wäre gut, wenn wir wieder zu Lösungen zurückkämen, die jetzt, in den nächsten Monaten und in den nächsten Jahren möglich wären. Es geht nicht um Lösungen für den Sankt-Nimmerleins-Tag. Das, was Sie wollen, dauert wahrscheinlich noch Jahrzehnte, und wir werden es gar nicht mehr erleben.

Dagmar Engel

Wir müssen jetzt von den Schulden herunter. Zum Beispiel gibt es eine großartige Idee, das zu tun. (Einspieler) Ich fahre gleich noch eine Einspielung hinterher. (Einspieler) Damit haben wir das nächste Thema identifiziert. Da wir nicht in die Vergangenheit gehen, werden wir nicht über „Die Rente ist sicher“ reden, sondern werden über die Rente mit 67 reden. Ich habe eben gesagt, wir gehen nicht in die Vergangenheit, sondern nur in die jüngste Vergangenheit. Tut es Ihnen leid? Würden Sie es gerne zurücknehmen? Finden Sie es heute falsch, oder stehen Sie noch dazu?

Olaf Scholz

(zögernd) (Zurufe – Heiterkeit – Beifall) Ich möchte dazu eine überlegte Antwort geben.

Das Erste ist: Ich glaube, dass wir es in den letzten Jahrzehnten geschafft haben, dafür zu sorgen, dass das Rentensicherungssystem in Deutschland wieder stabil ist. Das ist mir sehr wichtig, weil das nicht so selbstverständlich ist und längst nicht ein zweites Mal wiederholt wird. Wir haben eines der wenigen Länder mit einem finanziell stabilen Rentensicherungssystem. Das ist durch viel Rentenreformen gemacht worden. Und das Schwierige beim Start der Rentenreform, wenn ich das mal sagen darf, ist, dass Sie letztendlich mit einem Plakat in Bonn losgegangen sind, auf dem stand: „Die Rente ist sicher.“ Dann kam kurz danach die erste – übrigens von SPD und Union gemeinsam getragene – große Rentenreform. Es sind dann mehrere erfolgt, die zu dem heutigen Zustand geführt haben.

Wenn man über Rente diskutiert, glaube ich, ist das immer der richtigste Satz: Jahrzehntelang zahlen wir ein. Mittlerweile haben wir auch Chancen, jahrzehntelang Leistung zu bekommen. Über diese ganz, ganz lange Zeit muss jedenfalls eines klar sein: dass die finanzielle Stabilität gewährleistet ist.

Das Zweite: Damit sind – das muss immer offen gesagt werden – nicht alle Probleme der Rentensicherung gelöst. Weil es finanziell stabil ist – das ist das Wichtigste –, ist aber noch nicht klar, dass jeder eine ausreichende Rente hat. Deshalb ist das die nächste Frage, die wir lösen müssen. Sie kann zuallererst darüber gelöst werden, dass es bei den Löhnen dort, wo die Beiträge erhoben werden, eine bessere Entwicklung als in den letzten Jahrzehnten gibt. Natürlich hat ein Rentensicherungssystem Probleme, wenn über eine ganz lange Zeit die Bruttolöhne nicht steigen. Und natürlich hat ein Rentensicherungssystem Probleme, wenn es zum Beispiel sehr viele Leute gibt, die so wenig verdienen, dass sie von einem gesetzlichen Mindestlohn, wie er hier heute beschlossen worden ist, sofort profitieren würden. Das eingeführt, was heute hier beschlossen worden ist, würde sofort im Folgejahr zu Rentensteigerungen und im Übrigen zu massiven Mehreinnahmen bei der Rentensicherung führen. Deshalb brauchen wir zur Stabilität auch gesetzliche Mindestlöhne, die ausreichend sind.

Dann muss man die Frage diskutieren: Wie kann jeder zurechtkommen. Dass das, wenn wir alle älter werden, Folgen auch für die Frage hat, wie das funktionieren kann, ist offensichtlich. Und dass das auch bedeutet, dass wir, wenn es irgendwie geht, auch später mit der Rente als in den letzten Jahrzehnten beginnen, als das teilweise vor dem 60. Lebensjahr war, ist auch offensichtlich. Darüber besteht Konsens.

Worüber kein Konsens bestand, will ich gerne dazu sagen: dass jetzt zum Ende des letzten Jahres die Altersteilzeit ausgelassen ist. Ich habe als Minister versucht, und Sie haben als Oppositionspartei noch vor Ende des Jahres versucht, die Altersteilzeit zu verlängern, und zwar in einem Bündnis zwischen Jung und Alt. Wir wollten sie den Unternehmen zukommen lassen, die Auszubildende übernehmen. Das wäre eine richtige Beschäftigung zwischen Jung und Alt gewesen. (Starker Beifall)

Was jetzt die Frage der Anhebung der gesetzlichen Regel Altersgrenze betrifft, die 2012 beginnen soll, hat meine Partei gesagt: Das ist etwas, mit dem viele Leute ein großes Problem haben. Wir haben es beschlossen. Aber es ist, wenn man ein Wahlergebnis kassiert, wie wir es bei der letzten Bundestagswahl kassiert haben, selbstverständlich, dass wir über diese Frage, wie das von uns weiter betrachtet werden soll, jetzt diskutieren. Diese Diskussion ist selbstverständlich gerade im Gang. Und wir haben uns auch vorgenommen, dass wir spätestens auf dem Parteitag im Dezember dazu eine Entscheidung treffen. Deshalb wiederhole ich: Es gehört zu dieser Aussage, dass jetzt die Frage offen ist; wir diskutieren das neu.

Eine Sache wird dabei eine ganz zentrale Rolle spielen, die will ich sehr ausdrücklich ansprechen. Wenn man sagt, dass wir länger arbeiten, muss das auch gehen. Und natürlich ist es ein Problem, dass die Erwerbstätigenquote der 60- bis 64-Jährigen heute höher als früher ist, aber immer noch nur lächerliche 38 Prozent beträgt. Dabei ist jeder eingerechnet, der nur eine Stunde in der Woche arbeitet. Deshalb, glaube ich, haben wir recht daran getan zu sagen: Diese Frage ist für uns nicht abschließend entschieden; wir diskutieren jetzt neu darüber und wollen uns auch überlegen, ob es richtig war.

Heiner Bremer

Also: Die Rente ist ganz sicherlich nicht nur ein Thema, das Herrn Scholz bewegt, Herrn Laumann bewegt, Frau Künast und Herrn Gysi bewegt; auch, wie wir gemerkt haben, sehr viele unter Ihnen; denn wir haben natürlich gedacht, ab und zu die Delegierten mit einzubeziehen, die wirklich wichtige Fragen haben. Das wollen wir gerne tun. Sie haben ja Ihre Fragen auf diesen Zetteln eingereicht. Ich habe vor allem zur Rente eine ganze Menge. Ich lese einmal vor – und wer immer es hier übernimmt, meinewegen auch alle nacheinander, wenn es unterschiedliche Antworten gibt; wenn es gleiche gibt, bitte nur zustimmend nicken, sonst kommen wir nicht voran – von Frau Katrin Altmann von der IG BCE Dresden/Chemnitz: Was unternimmt die Politik, um das West-Ost-Gefälle in der Entlohnung 20 Jahre nach der Wende abzubauen? Fachkräfteflucht, Abwanderung junger Menschen müssen gestoppt werden.

Fangen wir wie immer mit der Regierung an. Herr Laumann.

Karl-Josef Laumann

Noch ist es in Deutschland nicht so weit, dass die Löhne von der Politik festgelegt werden, sondern dass Löhne natürlich in der Sozialen Marktwirtschaft über Tarifverhandlungen festgelegt werden. Wir haben in der Politik bislang nur die Möglichkeit, über das Entsendegesetz oder über Allgemeinverbindlichkeit Tarifverträge für allgemeinverbindlich zu erklären, die dann einen gesetzlichen Mindestlohn bilden. Das hat die Bundesregierung in den letzten Jahren sehr stark für über drei Millionen Leute getan. Ich habe es allein in meinem Land für 250.000 Leute gemacht. Ich glaube, dass das der richtige Weg ist, ein Lohnniveau einzuziehen, was aber in Branchen und Regionen von Tarifvertragsparteien festgelegt wird.

Die Voraussetzungen, dass in Ostdeutschland die Löhne steigen, ist auch, dass die Kampfkraft der Gewerkschaften in Ostdeutschland durch mehr Mitglieder der Arbeitnehmer in Ostdeutschland erhöht werden muss.

Heiner Bremer

Herr Gysi.

Gregor Gysi

Wenn die Bundesregierung wenigstens einmal erklärte und sagte: Wir sind dafür, dass gleicher Lohn für gleiche Arbeit in gleicher Arbeitszeit in Ost und West gelten. Erklären Sie das auch mal!

Heiner Bremer

Die gehen aber auch ganz stark in die Richtung einer stärkeren Rentenangleichung zwischen Ost und West. Das scheint doch viele vor allem in den neuen Ländern zu bewegen. Was kann man dafür tun? Wie kann man das beschleunigen, Frau Künast?

Gregor Gysi

Auf jeden Fall sehe ich das so, wenn ich das sagen darf –

Heiner Bremer

Sind Sie Frau Künast?

Gregor Gysi

Das ist ja eine hochinteressante Frage. (Heiterkeit)

Heiner Bremer

Möglicherweise. Aber Sie sind nicht Frau Künast.

Gregor Gysi

Ja, gut.

Karl-Josef Laumann

Sie wissen, dass wir die Entgelte heute für die jetzigen Renteneinzahlungen künstlich erhöht haben. Wenn man jetzt hingehet und eine Angleichung der Renten macht, würde man dieses Privileg wieder zurücknehmen.

Gregor Gysi

Muss man nicht.

Karl-Josef Laumann

Muss man schon.

Gregor Gysi

Kann man.

Karl-Josef Laumann

Ich will nur eines sagen: Ein Renten-Euro in Ostdeutschland führt heute zu einem höheren Rentenanspruch als der gleiche Euro in Westdeutschland. Das haben wir deswegen gemacht, weil wir wollten, dass die niedrigen Löhne in Ostdeutschland trotzdem zu höheren Renten führen. Wenn man jetzt sagt, wir sollen den Zahlbetrag angleichen – man kann diese Politik machen –, muss man aber wissen, was das für die jetzige Arbeitnehmergeneration bedeutet, weil man nicht beides machen kann; denn ansonsten kommen Sie zu einer Entwicklung, wo Sie eine Riesendebatte auch im Westen kriegen. Ich kann nur davor warnen, sie in dieser Härte dann zu führen.

Heiner Bremer

Der Kollege Fritz Schierach hat diese Frage mehrmals an jede Partei einzeln gestellt. Also jetzt bitte Frau Künast – erkennbar Frau Künast.

Renate Künast

Danke. – Ich glaube, wir müssen – um an der Stelle ganz ehrlich zu sein – einen schnelleren Weg bei der Anpassung der Renten gehen. Wir haben aber an der Stelle ein Finanzierungsproblem. Das will ich ganz ehrlich sagen. Ich sage das auch an die Unternehmerin, die vorhin auf dem Bildschirm war und das Wort „Generationengerechtigkeit“ benutzt hat. Wir können ja jetzt die Debatte nicht von dem trennen, was wir vor fünf Minuten diskutiert haben: dass wir kein Geld mehr haben.

Ich finde, man kann niemandem vormachen, dass man den Pfad der Anpassung der Rente wesentlich beschleunigen könnte. Sie können da um einige Punkte höher gehen, aber in Wahrheit kann Ihnen keiner vormachen, dass das sozusagen innerhalb ganz weniger Jahre komplett angeglichen werden kann. Sie müssten dann auch sagen: Wo ist die Gegenfinanzierung? Wo müssen wir eigentlich sparen? Da müssen wir uns gar nichts vormachen. Sie können den Prozess beschleunigen, aber Sie können in Wahrheit keine wesentlichen Veränderungen vornehmen.

Ich glaube, es geht um einen anderen Punkt, und ich möchte hier jetzt einmal die Runde der Jüngeren vertreten, zum Beispiel eine 20-Jährige, die hier sitzt und die sich fragt: Was macht ihr mit der Rente? Was ist mit der Rentenanpassung? Wie steht es überhaupt um die Renten? Ich finde übrigens, dass zuletzt mit der Rentengarantie und zur Höhe der Garantie einige falsche Entscheidungen getroffen wurden. Die jüngeren Leute fragen sich: Wer soll das bezahlen? Damit müssen wir uns alle auseinandersetzen, und das will ich gerne auch an die Gewerkschaften zurückgeben.

Es ist nicht allein Aufgabe der Politik, sich für alle Altersgruppen Gedanken zu machen, sich Gedanken über prekäre Arbeitsverhältnisse zu machen. Zum Beispiel fragen sich junge Leute, die heute eine Facharbeiterausbildung oder ein Universitätsstudium abgeschlossen haben: Wie komme ich in den Job? Die meisten kommen in den Job, weil irgendjemand anderes Elternzeit nimmt. Danach sind sie wieder raus. Wir wissen alle, dass es immer mehr Tricks gibt mit befristeten Arbeitsverhältnissen, weil sie sich darauf einlassen. Damit versucht man, die Löhne zu drücken, und das wirkt sich bei denen auch auf die Rente aus.

Ich will diese Frage der Renten nicht isoliert von der Situation der heute 20-, 30- oder 40-Jährigen führen. Das wäre nicht fair, und deshalb mache ich an der Stelle für eine rasante schnellere Anpassung oder für Rentengarantien – wenn man Ost und West gleichzeitig betrachtet – kein grandioses Angebot.

Heiner Bremer

Der Kollege hat die Frage auch an Sie gestellt, Herr Scholz.

Olaf Scholz

Die Angleichung der Renten zwischen Ost und West, um nicht drum herum zu reden, ist ein Thema, bei dem man immer wissen muss, dass es um richtig viele Milliarden geht, wenn man es einfach so macht. Es würde neue Gerechtigkeitsfragen auslösen, weil es natürlich so ist, dass es heute in unserem Rentensystem einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen Beitragszahlung und Rentenleistung gibt. Dieser ist zugunsten der ostdeutschen Rentner aufgelöst, übrigens auch schon in der Vergangenheit, weil die ja nichts dafür konnten, dass man ihnen über viele Jahrzehnte in Ostdeutschland andere Leistungen gewährt hat auf einem Lohnniveau in Ostmark, das mit dem, was heute passiert, nichts zu tun hatte. Deshalb hat die Generation derjenigen, die zum Beispiel unmittelbar nach der deutschen Einheit in die Rente gegangen sind, am allermeisten von dem Angleichungsprozess in großer Menge profitiert, was viele auch gut verstehen.

Das ist aber ein Thema, bei dem man zwar viel zündeln kann, bei dem man viele Leute finden kann, die einem wutentbrannt zustimmen, und zwar so und so rum. Ich trete ja sowohl in Ostdeutschland als auch in Westdeutschland zu diesem Thema auf und erlebe jeweils unterschiedliche Positionen. Auf einem Empfang des Bundesarbeitsministeriums bin ich beinahe verprügelt worden von einem, der sich darüber beschwerten wollte, dass er als Berliner, als er in Rente gegangen ist, obwohl er den gleichen Job mit zuletzt auch dem gleichen Gehalt ausgeübt hat wie ein ostdeutscher Kollege des öffentlichen Dienstes in Berlin, eine niedrigere Rente kriegt als dieser ostdeutsche Kollege, weil die heutige Systematik der Renten zu diesem Ergebnis geführt hat, übrigens unvermeidbar. Das fand er als Betroffener für sich ganz ungerecht. Deshalb bitte keine Polemik.

Die Position, die der Deutsche Gewerkschaftsbund und seine Fachleute – ob hier etwas beschlossen worden ist oder beschlossen wird, weiß ich nicht – bisher eingenommen haben, ist deshalb auch ganz vorsichtig. Es wird nicht einfach gesagt: „Angleichen, Milliarden rüber tun, egal woher“, weil man weiß, dass man das ganze System und seine Akzeptanz unter den Arbeitnehmern und den Arbeitgebern darüber infrage stellen würde. Deshalb finde ich auch, dass die Vorsicht angebracht ist.

Ich will deshalb zum Schluss sagen, dass aus meiner Sicht folgende Dinge notwendig sind: Erstens muss man sagen, was in aller politischer Klausulierung, aber dann doch immer klar von allen bekundet wird: Wir brauchen eine Angleichung der Rentensysteme. Diese Feststellung beziehe ich bewusst auf die Systematik. Was ist ab einem bestimmten Zeitpunkt? Irgendwann muss es in Deutschland so sein, dass die Beiträge in West und Ost gleichermaßen gezahlt werden und auch zu gleichen Renten führen. Das ist aber schwierig, und deshalb haben nach stundenlangender Diskussion die ostdeutschen Ministerpräsidenten auch von einer schnellen Angleichung gerne abgesehen, weil sie wissen: Das würde heute bei denjenigen, die jetzt in Ostdeutschland Beiträge zahlen, zunächst einmal zu geringeren Rentenerwartungen führen. Das will keiner, weil die Löhne im Osten noch geringer sind als im Westen.

Drittens braucht man eine Regelung – nicht nur wegen Ost-West, aber deswegen eben auch –, die dazu beiträgt, dass jemand nicht durch Arbeitslosigkeit später im Alter Grundsicherungsempfänger wird. Dazu gibt es ein ganz konkretes Modell, das übrigens die sozialdemokratische Fraktion auch im Deutschen Bundestag beantragt hat. Das Modell wäre auch bezahlbar – das muss man ausdrücklich dazu sagen – und könnte auch die Probleme der Vergangenheit lösen. Ich finde, im Zusammenhang mit der Einführung von Mindestlöhnen sollte man auch die Rente nach Mindesteinkommen rückwirkend beschließen – auch das ist unsere Beschlusslage –, weil diese Kombination – in Zukunft haben wir Mindestlöhne, und davor korrigieren wir das über diese Maßnahme, die es in Deutschland in bestimmten Abständen immer schon gegeben hat – richtig ist. Das ist die vorsichtige, behutsame Vorgehensweise, die man in dieser Frage braucht. Da es um Vertrauen, um Akzeptanz in ganz Deutschland geht, auch um unglaublich viel Geld, sollte man diesen vorsichtigen, klugen Weg beschreiten. (Leichter Beifall)

Heiner Bremer

Ich weiß nicht, ob es eine besondere politische Bedeutung dafür gibt, dass die Frage an Sie drei ging, aber nicht an den FDP-Mann und auch nicht an Gregor Gysi. Aber ich weiß ja, dass der Kollege Gysi ganz gern schon mal auch ungefragt überzeugende Antworten gibt.

Gregor Gysi

Ja, in der Regel ungefragt. Man kommt ja sonst zu nüscht. (Heiterkeit)

Aber jetzt im Ernst: Mein Ausgangspunkt ist ein anderer. Ich möchte gerne, dass diejenigen, die die gleiche Tätigkeit in Ost und West verrichten, letztlich auch die gleiche Rente bekommen. (Vereinzelt Beifall) Um das hinzubekommen, brauche ich auf der einen Seite eine Angleichung der Rentenwerte, und solange im Osten bei gleicher Arbeit, übrigens bei längerer Arbeitszeit, weniger verdient wird, muss ich das ausgleichen. Ansonsten bestrafe ich ja denjenigen nicht nur heute, indem er weniger verdient für die gleiche Arbeit, sondern auch später, indem er eine geringere Rente bekommt, obwohl er die gleiche Arbeit, ja sogar bei längerer Arbeitszeit, geleistet hat. Das ist unser Ausgangspunkt.

Das Zweite, was ich sagen muss: Ich finde auch die ganzen Berechnungen in Bezug auf die Rente falsch. Ich fand die Rie-sterrente schon falsch, weil sie bedeutete, die Unternehmen aus der Zahlungspflicht zu entlassen. (Beifall) Und ich fand die Rente ab 67 völlig daneben. In einer Zeit, wo 64-Jährige und 63-Jährige nur zu 7,3 Prozent beschäftigt sind in Deutschland, den Leuten zu sagen, sie sollen zwei Jahre länger arbeiten – das war im Kern nur eine Rentenkürzung.

Was kann man machen? Das muss ich ja auch sagen, weil es sonst ja nicht genügt. Wir müssen hier wirklich Reformwege gehen, aber andere. Wir müssen der neuen Generation sagen: Bei Euch müssen alle mit Einkommen in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen. Alle, auch Rechtsanwälte, auch Bundestagsabgeordnete, auch Beamte und so weiter. Wir können es nicht so belassen, dass nur die abhängig Beschäftigten einzahlen. (Beifall) Dafür müssen wir alle Einkommen heranziehen. Dann sind wir schon aus einer großen Zahlungsschwierigkeit heraus.

Das Zweite, was wir machen müssen: Wir müssen die Beitragsbemessungsgrenzen aufgeben, damit man auch von hohen Einkommen Beiträge bezahlen muss. Ich kenne den Einwand, dass ja dann auch hohe Renten gezahlt werden müssen. Das Bundesverfassungsgericht lässt zu, dass wir den damit verbundenen Rentenanstieg abflachen. Wenn wir diesen Weg gingen, wäre das Ganze finanzierbar. Dass die Union den Weg nicht geht, will ich ja noch verstehen, aber dass die SPD den Weg nicht geht, das kann ich überhaupt nicht verstehen. (Beifall) Das ist meines Erachtens der Weg, der auch zu einer gerechten Rente führt.

Die Altersarmut ist doch jetzt schon programmiert. Jetzt haben wir die erste Studienuntersuchung, die besagt: Im Osten wird die Rente im Schnitt unter dem Grundsicherungsniveau liegen, und der Westen entwickelt sich in der gleichen Richtung. Das ist doch keine Lösung. Und wenn diese junge Unternehmerin, die wahrscheinlich Existenzgründungsdarlehen genommen hat, gleichzeitig erklärt: „Aber bitte keine Garantierente“, frage ich mich: Wie stellt sie sich denn das Leben im Alter vor? Ich glaube, hier brauchen wir eine andere Solidarität in unserer Gesellschaft. (Beifall)

Heiner Bremer

Ich liebe Gregor Gysis Beiträge. Wir sind uns ja schon oft in Diskussionen begegnet.

Gregor Gysi

Das stimmt.

Heiner Bremer

Ich liebe sie deshalb, weil sie meistens eine Gegenrede provozieren. Ich habe die große Hoffnung, dass es diesmal nicht der Fall ist, weil wir angesichts der fortgeschrittenen Zeit und der Tatsache – auch wenn hier wenig 67-Jährige dabei sind –, dass alle dann doch ganz schnell zum Abendessen wollen, hier nicht ewig diskutieren können.

Renate Künast

Die Jungen sind die Hungrigen.

Dagmar Engel

Okay. Eine Runde haben wir noch.

Heiner Bremer

Wir wollen noch ein ganz anderes Thema behandeln.

Gregor Gysi

Da irrst Du Dich. Im Alter fängt man an, das Essen zu lieben. Glaub' es mir. (Heiterkeit)

Heiner Bremer

Wir haben aber noch zwei wichtige Themenbereiche, die wir noch ansprechen wollen.

Dagmar Engel

Genau. Wir wollen wenigstens eines dieser Themen noch kurz ansprechen. Es ist auch schon im Zusammenhang mit der Rentendiskussion angesprochen worden. Sie sehen jetzt gleich, worum es geht. Sie haben heute einen Beschluss dazu gefasst, und ich möchte dazu gern ein paar O-Töne einspielen. (Einspieler) – Ja, es ist ein bisschen schwierig für Herrn Laumann. Herr Laumann, die anderen sind für Mindestlöhne. Sie nicht.

Karl-Josef Laumann

Ich bin für tarifliche Mindestlöhne. Wir haben im Grunde nur einen großen Wirkungsunterschied. Der Teil, der für gesetzliche Mindestlöhne ist, ist der Meinung, dass wir den Kampf aufgeben, über Tarifverträge das Lohnproblem zu lösen. (Widerspruch) Sie müssen mir ja nicht recht geben, ich will es nur mal vortragen.

Meine Sorge ist, dass wir eine ganze Menge von Branchen erleben werden, wo bei einem gesetzlichen Mindestlohn, egal ob jetzt 8,50 Euro oder 7,50 Euro, gesagt wird, die soziale Frage ist gelöst, darunter geht nichts mehr. Wunderbar. Aber dann brauchen wir auch über Tarifverträge in diesem Bereich nicht mehr zu reden. Ich sage uns voraus, dass die Lohnfindung in Tarifverhandlungen gehört, und dass wir von der Politik die Aufgabe haben, da, wo es viele gibt, die sich nicht daran halten wollen, über Allgemeinverbindlichkeitserklärungen, über das Einsetzen des Entsendegesetzes diese Tarifverträge zu gesetzlichen Mindestlöhnen zu machen, die dann quasi wirken wie ein gesetzlicher Mindestlohn.

Diesen Weg, wenn Sie meine politische Biografie angucken, bin ich weit über zehn Jahre gegangen. Auch da will ich mal sagen: Die Jahre unter Gerhard Schröder ist keine einzige Branche in das Entsendegesetz aufgenommen worden, keine einzige Allgemeinverbindlichkeit gemacht worden. Ich habe in Nordrhein-Westfalen das in wesentlichen Branchen hingekriegt. Es gibt kein Bundesland, wo die Friseur eine Mindestlohn haben. Das finden Sie nur in Nordrhein-Westfalen. Ich habe viel Zeit investiert, um das hinzukriegen. Deswegen sollten wir diesen Weg weitergehen.

Jetzt sage ich einen weiteren Punkt. Es ist ja bei der CDU/FDP im Koalitionsvertrag drin, dass man über die Frage der Zuverdienste in Hartz IV gucken will, ob man da andere Anrechnungsmöglichkeiten schaffen kann, um mehr Anreize zu haben, immer mehr zu verdienen. Wenn man diesen Weg geht, muss man wissen, was das für den Lohnsektor bedeutet. Ich glaube, dass man diesen Weg nur dann gehen kann, wenn man in den meisten Branchen tarifliche Mindestlöhne hat. Ich setze sehr darauf, dass wir in den nächsten Monaten auch zu einer Aufnahme der Zeitarbeit in das Entsendegesetz kommen. Dann hätten wir damit nämlich zum ersten Mal einen tariflich festgelegten gesetzlichen Mindestlohn quer über alle Branchen. Das wird dann schon seine Wirkungen haben, denn da spielt uns ja die Frage des freien Arbeitszugangs der westeuropäischen Länder in die Hände. Sie wissen, dass man ab Mai oder Juni nächsten Jahres ja Zeitarbeit zu polnischen Tarifverträgen machen kann.

Also Aufnahme der Zeitarbeit auch ins Entsendegesetz, um diese Problematik damit zu lösen. Das ist der Weg, den ich gerne weitergehen würde.

Dagmar Engel

Frau Künast.

Renate Künast

Ich will mal bei der Zeitarbeit anfangen. Herr Laumann, Ihr Wort in den Koalitionsgehörang, damit sich überhaupt etwas verändert. An der Stelle fällt mir immer auf, das Original der CDU – ich meine, Sie sind ein Original –, aber das Original CDU haben wir an dieser Stelle hier nicht sitzen.

Karl-Josef Laumann

Doch.

Renate Künast

Nein. So wie Sie sich immer mühevoll zieren, haben wir es nicht.

Karl-Josef Laumann

Ich rede für die CDU heute.

Renate Künast

Mag sein. Dann sitzt der ganz Bundestag mit falschen CDU-Leuten voll. (Heiterkeit)

Karl-Josef Laumann

Nein, nein.

Renate Künast

Ich will Ihnen mal sagen: Ich glaube, dass wir eine Mischung brauchen. Weil Sie gerade noch mal die Frage der tariflichen Vereinbarungen angesprochen haben. Wir brauchen, damit Menschen in Würde leben können, wir brauchen, weil die Kommunen sonst ständig überbelastet sind, einen gesetzlichen Mindestlohn. Ich würde sagen, dass das die Basis ist. Darüber kann immer noch ein tariflich vereinbarter Lohn liegen. (Vereinzelt Beifall)

Damit würden Sie nämlich verschiedenen Entwicklungen Rechnung tragen. Der Tatsache, dass leider nicht überall alle organisiert sind. Der Tatsache, dass sich in verschiedenen Regionen Deutschlands die verschiedenen Branchen unterschiedlich entwickeln. Wenn wir über Löhne reden – das will ich auch mal sagen –, reden wir doch mal über das andere Ende der Löhne. Es wird oft so zurückhaltend über Mindestlöhne geredet, die den ganz normalen Otto Normalverbraucher treffen. Reden wir bitte auch mal über Manager-Gehälter. Ich würde mir wünschen, dass man Manager-Gehälter nur bis 500.000 Euro als Betriebskosten abrechnen kann. Man kann nämlich auf eine Million gehen, noch Boni ohne Ende draufsetzen, und immer wird das Betriebsergebnis nachher den Steuern entsprechend angehoben und sind wenig Steuern zu zahlen.

Zu dieser großen Gerechtigkeit gehört das auf beiden Seiten. Auf der einen Seite der Mindestlohn der Würde wegen, weil man davon leben können muss, weil man sich auch in einer immer größer werdenden EU mit dieser Freizügigkeit ja auch bewegen muss. Wir sind ansonsten in der Situation, dass die großen Migrationsströme innerhalb der Europäischen Union das absolute Lohndumping herstellen. Aber Gerechtigkeit nach oben will ich im wahrsten Sinne des Wortes auch. Zumal wir gerade die Rente diskutiert haben. Wenn Sie nicht gewisse Einnahmen haben und gewisse Löhne, wird sich das Problem hinten bei der Rente wegen zu niedriger Löhne, wegen der prekären Arbeitsverhältnisse am Ende immer noch potenzieren.

Ich will noch einen Satz dazu sagen, weil ja oft das Argument kommt, dass die Löhne die Unternehmen so ungeheuer belasten. Wenn wir Unternehmen entlasten wollen, macht es doch in einer Sozialen Marktwirtschaft keinen Sinn zu sagen, wir schlagen immer die Löhne nach unten, sondern dann müssen Sie mal gucken, was macht eigentlich den größten Teil der Kosten bei Betrieben aus. Die Rohstoff- und Energiekosten machen 60, 70 Prozent bei den Unternehmen aus. Also müssen wir, weil wir über Investieren und Sparen geredet haben, die Unternehmen heute unterstützen, intelligent mit Rohstoffen, mit Energie umzugehen, sie selber herzustellen, um an dieser Stelle die Kosten zu senken und nicht bei den Löhnen.

Heiner Bremer

Herr Scholz, von Ihrem Nachbarn hier am Tisch stammt das Zitat, korrigieren Sie mich, aber ich denke, es ist korrekt: „Jeder muss von seiner Hände Arbeit leben können.“ Heißt das nicht, dass man den Niedriglohnsektor in jedem Fall begrenzen, wenn nicht zurückbauen muss? Oder doch den Weg eines gesetzlichen Mindestlohns gehen muss, wenn man diesem Anspruch gerecht werden will.

Olaf Scholz

Wir müssen den Niedriglohnsektor zurückführen. Der ist in Deutschland sehr groß geworden. Natürlich geht es bei der Diskussion um Mindestlöhne darum, ihn zu begrenzen. Aber wer einen Mindestlohn bekommt, ist immer noch im Niedriglohnbereich. Das muss man ja auch dazu sagen, wenn man die Zahlen nennt. Es geht also um etwas ganz anderes. Aber vielleicht ist die Frage insofern ein guter Hinweis. Manche reden ja, wenn es um Mindestlöhne geht, darüber, als ob es um Wohlstand geht. Damit haben Mindestlöhne nichts zu tun. Sie sind nur ein Schutz vor dem freien Fall nach unten. (Beifall)

Im Übrigen muss man Herrn Rogowski, der hier zitiert wurde, aber auch vielen anderen sagen, dass sie ein paar Grundprinzipien der Marktwirtschaft nicht richtig verstanden haben. Unternehmer zahlen die Löhne, die sie zahlen müssen, nicht die Löhne, die sie zahlen können. (Beifall)

Heiner Bremer

Wenn Sie mich dabei angucken, ich bin kein Unternehmer.

Olaf Scholz

Aber wenn über Mindestlöhne und Löhne geredet wird, wird immer so argumentiert, mehr können wir uns gar nicht leisten. Es wird schon Situationen geben, in denen es auch solch eine Grenze gibt. Aber im Regelfall ist das gar nicht das Thema, sondern der Lohn ist gewissermaßen nur so hoch, wie er sein muss. Wenn man sehr gute Leute haben will, die sehr rar sind auf dem Arbeitsmarkt, zahlt man vielleicht mehr. Auch mehr als den Tarifvertrag. Aber wenn die Situation anders ist, und

das gilt zum Beispiel gerade für die ungelernete Arbeit, dann ist es so, dass der Lohn nach unten gedrückt werden kann ohne Ende. Deshalb sind diejenigen, die mit scheinbar marktwirtschaftlichen Argumenten gegen Mindestlöhne argumentieren, solche, die die Marktwirtschaft und ihre Prinzipien gar nicht verstanden haben und genau in diesem Bereich außer Kraft setzen wollen.

Ich will dann noch dazu sagen, dass ich glaube, dass wir jetzt aus meiner Sicht den Durchbruch bei den Mindestlöhnen geschafft haben. Das ist nicht mehr zurückzuholen. Man muss ja auch mal optimistisch nach vorne diskutieren. Die Meinungsführerschaft in der Frage, ob es Mindestlöhne in Deutschland geben soll, ist längst auf der Seite der Mindestlohnbefürworter. Das gilt für die Bevölkerung, das gilt, wenn man öffentlich auftritt, meistens sogar für die Politik, und es gilt mittlerweile für einen ganz erheblichen Teil der Unternehmerschaft in Deutschland. Der Trend zum gesetzlichen Mindestlohn – ich sage ausdrücklich: auch zu einem flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn – ist in Deutschland nicht mehr aufzuhalten. Wir sollten dafür sorgen, dass wir ganz schnell am Zielbahnhof ankommen. (Beifall)

Heiner Bremer

Der Kollege Rogowski scheint nicht nur bei Ihnen auf Widerspruch zu stoßen, sondern auch bei Gregor Gysi. Wenn Sie fertig sind, schließt er sich gleich an.

Olaf Scholz

Ich gebe ihm gleich das Wort. (Heiterkeit)

Drittens würde ich ganz gerne sagen, dass wir nicht so tun sollten, als ob wir alle einig seien in der Frage. Ich habe die letzte Legislaturperiode die Ausweitung des Entsendegesetzes und die Umwandlung des Mindestarbeitsbedingungengesetzes als einen ganz harten, ständigen Kampf erlebt. Jeder einzelne Mindestlohn ist unserem damaligen Koalitionspartner aus der Nase gezogen worden. Freiwillig war das nicht. Ich habe Bündnispartner gehabt; die kenne ich alle persönlich, so wenige sind es.

Karl-Josef Laumann

Na, na.

Olaf Scholz

Aber immerhin, Sie waren dabei. Das hat dazu geführt, dass wir es hinbekommen haben.

Obwohl im Koalitionsvertrag steht, es soll bei dem Setting an Mindestlöhnen, das wir haben, bleiben, fehlt es noch an dem bereits vereinbarten Mindestlohn für die Weiterbildungsbranche. Der ist nicht in Kraft gesetzt. Wir lesen jeden Tag in den Zeitungen, es sei fraglich, ob es den Mindestlohn für die Pflege geben soll. Es ist auch nicht vereinbart und nicht durchgesetzt, dass es auch tatsächlich den Mindestlohn für das Wach- und Sicherheitsgewerbe geben soll. Was im Anschluss bei der Post passiert, weiß ich auch nicht. Deshalb sage ich, bevor jemand allzu allgemein wird, diese Mindestlöhne als Branchenmindestlöhne müssen als allernächstes kommen. Das ist eine Frage, wie man Butter bei die Fische packt. (Beifall) Manchmal glaube ich auch, dass der Trend, über den ich vorher gesprochen habe, der Siegeszug des Mindestlohns sich in der Frage auch durchsetzt.

Zuletzt, was die Leiharbeit betrifft, wünsche ich, dass es in dieser Legislaturperiode klappt. Manchmal sind politische Verhältnisse ja selbst dann, wenn die Regierenden es anders sehen wollen, so, dass sie es nicht aufhalten können. Aber immerhin, die FDP hat immer gesagt, sie sei dagegen, und die CDU hat in der letzten Legislaturperiode jedes Mal gesagt, sie wolle keinen Mindestlohn für die Leiharbeit. Sonst stünde nämlich in dem Gesetz über die Mindestlöhne ein weiterer Spiegelstrich: Leih- und Zeitarbeit. Das ist von der CDU verhindert worden, weil sie es in der letzten Legislaturperiode nicht wollte. Wenn es in dieser klappt, wäre das ein großer Fortschritt, und zwar aus dem Grund, den Laumann genannt hat: Es wäre wichtig, weil es eine zentrale Branche ist, die sehr viel Verantwortung für das Lohndumping in unserer Gesellschaft trägt. Den Mindestlohn in der Leiharbeit brauchen wir ganz schnell. (Beifall)

Heiner Bremer

Gregor Gysi.

Gregor Gysi

Was die Herren Henkel und Rogowski nicht beantworten, ist die Frage, weshalb 20 Mitgliedsländer der EU nach ihrer Auffassung ökonomisch restlos bescheuert sind, indem sie einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn eingeführt haben. Das hat mir auch die Bundesregierung noch nie beantwortet, warum sie die einzigen Schlaunen und alle anderen dämlich sind.

Das Zweite, was ich gerne Herrn Rogowski gefragt hätte, ist: Wenn Arbeit, die nicht 8,50 Euro oder gar 10 Euro wert ist, dann nicht mehr verrichtet wird, wieso kommt Großbritannien mit einem gesetzlichen flächendeckenden Mindestlohn von über 8 Euro hin und Frankreich auch. Das ist doch alles schon praktisch widerlegt. Insofern stimme ich Herrn Scholz zu: Der Weg geht hin zu einem flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn, und den brauchen wir auch dringend. Ich möchte ja viele rumänische Unternehmer auch in Deutschland haben. Aber wir müssen ihnen sagen, dass hier rumänische Löhne nicht bezahlbar sind, weil wir keine rumänischen Preise haben. Da muss es ein gesetzliches Minimum geben, das wir auch durchsetzen müssen. Und wenn ich vorschlagen darf, wer es durchsetzen soll, schlage ich Ihnen vor: Nehmen Sie nicht wieder den Zoll, neben Sie lieber die Finanzämter, die sind da besser. Das kann man sich in Großbritannien ansehen. (Beifall)

Zwei Bemerkungen will ich aber noch machen. Die eine zu den Aufstockern. Ich finde, die Aufstocker, die vollzeitbeschäftigt sind, sind wirklich ein Skandal. (Beifall) Man muss sich das einmal überlegen: Da leistet jemand eine volle Arbeitszeit seine Arbeit und verdient so wenig, dass er noch zusätzlich Hartz IV beantragen muss. Und dann sagt Frau Merkel noch, sie sei stolz darauf, dass der Staat das macht. Ich sage, ich finde es einen Skandal. Dafür brauchen wir den gesetzlichen Mindestlohn, damit man wenigstens in Würde leben kann, wenn man einen vollen Arbeitsplatz absolviert. Anders geht es gar nicht. (Beifall)

Zur Leiharbeit möchte ich auch etwas sagen. Leider haben Sie ja damals diese Ausnahme ermöglicht, dass für die Leiharbeiter selbst Tarifverträge gemacht werden, Herr Scholz, was ich völlig falsch finde. Die französische Regelung ist vernünftiger. Wenn dort ein Unternehmer einen Leiharbeiter bekommt, muss er ihm den gleichen Lohn bezahlen wie dem eigenen, plus zehn Prozent. Das ist eine Lösung. (Beifall)

Ich sage Ihnen, wenn das so bleibt, dass Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter etwa zwei Drittel verdienen, dann werden die weiterhin missbraucht, um die Stammebelegschaft zu Lohnverzichtern zu zwingen. Genau das geht nicht. Das ist eine moderne Form von Sklaverei. Weg mit dieser Art von Leiharbeit, kann ich nur sagen. (Beifall)

Heiner Bremer

Meine Damen und Herren, ich sehe, Sie sind noch sehr aktiv dabei. Trotzdem, wir haben bald eindreiviertel Stunden diskutiert, ich hoffe auch so, dass Sie viele Gedanken mitnehmen können in die heimischen Diskussionen. Vielleicht wäre es ganz fair und sinnvoll, wenn wir mit Ihren Fragen aufhörten. Die kreisen auch um Leiharbeit und befristete Arbeitsverträge.

Axel Weber von der IG Metall sagt: Herr Scholz, wie will die SPD den Missbrauch von Leiharbeit bekämpfen, nachdem sie diesen Missbrauch durch ihre Gesetzgebung erst ermöglicht hat? Und warum sollen wir der SPD überhaupt noch vertrauen? (Leichter Beifall – Widerspruch)

Die zweite Frage von Dieter Wegel, IG BCE: Das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz muss, um den Missbrauch von Leiharbeit und befristeten Arbeitsverträgen zu verhindern, abgeändert werden. Welche Ansätze gibt es da bei irgendeiner der hier vertretenen Parteien?

Gregor Gysi

Jeder einen Satz dazu!

Heiner Bremer

Einen Satz von Ihnen, das würde ich ja gerne mal erleben; nur einen Satz. Aber einen kurzen, Haupt- und Relativsatz.

Gregor Gysi

Wollen Sie den jetzt hören?

Heiner Bremer

Nein, erst fängt Herr Scholz an, der ist ja ganz böse gefragt worden.

Olaf Scholz

Erstens: Was die befristete Beschäftigung betrifft, ist es furchtbar, wie es sich heute entwickelt hat. Wir hören, dass die Hälfte derjenigen, die neu eingestellt werden, einen befristeten Vertrag bekommen. So war das über Jahrzehnte nicht, und die Wirtschaft Deutschlands ist auch gewachsen, als es anders war. Deshalb muss die Regelung aus dem Jahr 1985 mit dem Beschäftigungsförderungsgesetz und der sanktionslosen Befristung wieder abgeschafft werden. (Beifall) Ich meine, die Zahlen, die wir heute kennen, sprechen dafür.

Das Zweite ist: Bei der Leiharbeit ist alles schiefgegangen, allerdings nicht nur der SPD, sondern es gab ein großes Bündnis von Staat, von Parteien, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden, die alle einig waren, dass sie etwas Gutes machen würden und sich alle gemeinsam geirrt haben. Man hat nämlich gedacht: Wie kriegen wir die Leiharbeit aus dem Schmutzdelimage? Dann hat man gesagt, wir regeln erstens im Gesetz, dass der Leiharbeitnehmer in dem Betrieb, in dem er tätig ist, den gleichen Lohn verdienen muss wie alle dort Beschäftigten. Wenn das heute jemand hört, der dort arbeitet, fühlt er sich verhöhnt, aber das ist bis heute die Gesetzeslage. Zum Zweiten steht darin: Das gilt dann nicht, wenn in einem Zeitarbeitsunternehmen ein Tarifvertrag existiert. Da es damals gar keine gab, dachten alle, jetzt kommt eine Zeit, in der dadurch die Löhne steigen, zwar nicht so wie bei anderen, aber doch nach vorne, und das wäre ein großer Fortschritt. Und was ist passiert? Da haben irgendwelche Leute mit scheinbaren Arbeitgeberverbänden, die es meistens bis dahin gar nicht gab, und mit Gewerkschaften, von denen man auch noch nicht gehört hatte, Tarifverträge abgeschlossen und da 3,20 Euro und 4,10 Euro reingeschrieben. Das ist ein Missbrauch, der so massiv geworden ist, der selbst für ganz viele in der Branche heute das Einkommen und den Lebensunterhalt bestimmt. Dieser Missbrauch kann nur durch eine grundlegende Revision dieses Gesetzes zurückgedrängt werden. (Leichter Beifall)

Der erste Schritt ist ein Mindestlohn für die Leiharbeit. Der zweite Schritt ist, dass festgelegt wird, dass nach einer bestimmten Zeit immer der Lohn in dem Betrieb zu zahlen ist, in dem man beschäftigt ist, (Beifall) egal, was in dem Tarifvertrag steht. Die dritte Regel sollte sein, dass typisch für die Zeitarbeit die unbefristete Beschäftigung bei dem Zeitarbeitsunternehmen ist und nur der befristete Einsatz in wechselnden Unternehmen. Auch das ist früher Jahrzehntelang gut gegangen. Wenn wir das wieder machen, funktioniert das auch mit der Zeitarbeit als Flexibilitätsinstrument. Leiharbeit als Lohndumping muss in Deutschland aufhören. (Beifall)

Dagmar Engel

Ist damit alles gesagt oder wollen Sie noch etwas dazu sagen?

Karl-Josef Laumann

Einen Satz habe ich ja eben schon gesagt: Die Leiharbeit braucht einen Mindestlohn. Den können wir nach den heutigen Gegebenheiten nur machen, wenn wir die konkurrierenden Tarifverträge in den Griff kriegen.

Dass das bei der Zeitarbeit so schiefgegangen ist, liegt daran, dass wir konkurrierende Tarifverträge bekommen haben, sonst wäre es anders gelaufen. Da haben wir damals alle die Lage nicht richtig eingeschätzt. Im Übrigen: Ich war damals schon Mitglied des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung im Deutschen Bundestag. Der Protest des DGB gegen das neue Arbeitnehmerüberlassungsgesetz hielt sich sehr in Grenzen. Wir haben damals alle nicht an die konkurrierenden Tarifverträge gedacht.

Dann kommt der nächste Punkt. Ich bin ganz klar der Meinung, dass konzerneigene Zeitarbeit entweder tariflich oder gesetzlich verboten werden muss. Punkt, aus. Das ist, wenn ich das in den Betrieben sehe, in Wahrheit genau der Punkt, wo die Stammebelegschaften ausgewechselt werden, weil konzerneigene Leiharbeit möglich ist. Wenn ich Arbeitsminister in Berlin wäre, würde ich durchsetzen, dass die Arbeitsverwaltung keine Lohnzuschüsse zahlt, wenn sie an Leiharbeitsfirmen vermittelt. (Beifall)

Heiner Bremer

Frau Künast.

Renate Künast

Ich glaube, dass wir beim Thema Leiharbeit alle gar nicht weit auseinander sind. Wir wissen, was im Augenblick damit getrieben wird. Da wird immer ordentlich outgesourct. Das Ganze dient dazu, Löhne zu drücken.

Ich will an die Ausführungen von Olaf Scholz gar nicht großartig noch etwas anhängen, sondern ich würde gerne das Thema befristete Arbeitsverhältnisse, junge Leute und Fachkräftemangel noch einmal ansprechen wollen, das in diesem Dunstkreis für uns ja auch ein Problem ist. Wir erleben, dass wir die Fehlentwicklung bei der Leiharbeit haben, die dann immer mehr befristet wird. Wir erleben, dass diese Koalition jetzt am liebsten die Ausweitung befristeter Arbeitsverhältnisse hätte. Das halte ich für einen Fehler, weil wir das, was wir da noch haben, halten sollten.

Ich finde immer noch, dass uns eines fehlt, nämlich der Einstieg in Jobs für junge Menschen. Da hat mir das, was Frau Schavan oder andere bisher vorgelegt haben, überhaupt nicht gereicht. Einfach eine Garantie zu geben, heißt noch nicht, dass diese 240.000 jungen Menschen tatsächlich in einen Job kommen. Ich erwarte, dass dahinter ein wirtschaftliches Konzept

gelegt wird. Wo ist das eigentlich? Wo sind Wirtschaftsbereiche, die sich politisch entwickeln können, in denen ausgebildet wird und junge Leute hineinvermittelt werden? Das ist mir ein wichtiger Punkt. Wir reden immer über die Arbeitsverhältnisse, die schon existieren, und wie wir diese sozial gestalten. Für mich ist auch eine wichtige Frage: Wie bauen wir in der Zukunft Wirtschaftsbereiche auf, in denen neue Jobs entstehen können, in die hinein ausgebildet wird, in denen unbefristete Arbeitsverhältnisse entstehen?

In diesem Zusammenhang ist beispielsweise die Energiefrage, die wir vor anderthalb Stunden angesprochen haben, eine wichtige Frage. Es gibt eine Vielzahl neuer Jobs, für die die Kammern nicht ausbilden und für die wir keine finanziellen Anreizprogramme machen. Wir zahlen massenhaft falsche Subventionen, aber wir zahlen nicht Unterstützungs- und Anreizprogramme dort, wo wirklich unbefristete Jobs entstehen können. Da ist das politische Loch.

Franz-Josef Laumann

Ich will nur sagen: Es gibt eine Bertelsmann-Studie, dass der öffentliche Dienst, was befristete Arbeitsverträge angeht, schlimmer ist als die Privatwirtschaft. Das wollte ich nur einmal sagen.

Heiner Bremer

Herr Gysi hat das Wort. Herr Laumann, diesen einen Satz, der jetzt kommt, sollten Sie genießen.

Gregor Gysi

Weil die anderen so viel gesagt haben, mache ich es mit einem Doppelpunkt. Etwas Selbstkritisches, aber auch Kritisches an die Gewerkschaften: Ich finde, wir haben uns in den letzten Jahren zu viel bieten lassen und wir dürfen uns in den nächsten Jahren nicht wieder so viel bieten lassen! – Danke. (Beifall)

Heiner Bremer

Ein flammendes Schlussplädoyer. – Wir haben Ihre Geduld lange genug, glaube ich, strapaziert. Wir hoffen natürlich, dass Sie auch Spaß an dieser Diskussion hatten, dass sie Ihnen Orientierung gegeben hat, ein bisschen Information und Hinweise, die Sie weiterverwenden können.

Wir wollen abschließen mit dem Statement eines Mannes, den Sie alle kennen und der eigentlich allen nur Hoffnung und Mut macht.

Dagmar Engel

Und bleiben Sie noch ein bisschen da, denn anschließend gibt es die Veranstaltungshinweise.

(Einspieler mit Dieter Hildebrandt)

Heiner Bremer

Dem ist, glaube ich, nichts weiter hinzuzufügen, jedenfalls nicht von uns, auch nicht von dieser Runde. Hinzuzufügen bleibt mir aber, dass es jetzt ein gemeinsames Abendessen gibt. Diese Nachricht hört sicher jeder ganz gerne. Nach zwei Stunden Diskussion ist ja Nüchternheit doch nicht unbedingt der beste Ratgeber. Danach gibt es die unterhaltsamen Parteiabende.

Wir wünschen Ihnen weiterhin einen sehr schönen Abend und einen sehr aufschlussreichen und interessanten Verlauf dieses 19. Parlaments der Arbeit.

Dagmar Engel

Vielen Dank. (Beifall)

(Ende des 3. Kongresstages: 19.16 Uhr)

•